

IWMpost

Magazine of the Institut für die Wissenschaften vom Menschen / Institute for Human Sciences

www.iwm.at



Ivan Krastev and Stephen Holmes

The Dying of the Light

Aleida Assmann

Die Wiedererfindung
der Nation

Dani Rodrik

Globalization's
Wrong Turn

Zsuzsanna Szelényi

Einst war ich
Orbáns Verbündete

Contents

NO. 124 • FALL / WINTER 2019

THE FUTURE OF DEMOCRACY

Die Wiedererfindung der Nation / von Aleida Assmann	3
Unheil und Hoffnung / Vienna Humanities Festival	11
Brexit – Farce und Tragödie / von Ivan Vejvoda	13
Kontrolle vs. Kooperation: Das Brexit-Mantra und seine Folgen / von Kalypso Nicolaïdis	14
Irland und die Englische Frage / von Fintan O'Toole	14
Urbaner Protest: Revolte in der neoliberalen Stadt / von Ayşe Çağlar	15
Metropolitane Rebellionen und die Stadt als Gemeingut / von James Holston	15
On Universities and Trust / by Jakub Jirsa	20
A Short Story about a Different World / by Holly Case	23

GLOBALIZATION AND INEQUALITY

Ungleichheit zur Sprache bringen / Interview with Branko Milanović by Shalini Randeria	5
Globalization's Wrong Turn and Why We Can't Have It All / by Dani Rodrik	10
Why Workers Are Fleeing Romania's Garment Industry / by Laura Ștefănuț	19

1989 AND ITS LEGACY

1989 in a Week: The Wind of Change That Transformed Europe / by Ludger Hagedorn	6
Annus Mirabilis: The Road to 1989, and Its Legacy / by Ivan Vejvoda	7
The Dying of the Light / by Ivan Krastev and Stephen Holmes	8
Einst war ich Orbáns Verbündete / von Zsuzsanna Szelényi	9

DEMOGRAPHIC CHANGE

Democracy and Demography at a Crossroads / by István Adorján	12
Zur Relativität des Alter(n)s und demografischen Wandels / von Bernd Marin	18

GLOBAL PERSPECTIVES AND WORLD POLITICS

The Easter Attacks in Sri Lanka: Gendering the Aftermath / by Nelufer de Mel	16
The Compatriots: Russia's Policy Towards Its Diaspora / by Andrei Soldatov and Irina Borogan	17
Turkey and Russia: Where the Relations Are Heading / by Galip Dalay	21
Made in a Dream Factory / by Kateryna Mishchenko	22

UPCOMING EVENTS

Editorial

Was wenn wir uns geirrt haben? Was, wenn der Glaube an ein Zeitalter des Liberalismus und der Demokratie nach dem Ende des Kalten Kriegs nur eine Illusion war? Diese Frage werfen **Ivan Krastev** und **Stephen Holmes** in ihrem aktuellen Buch *Das Licht, das erlosch* auf, das in der aktuellen Ausgabe der IWMpost mit einem Ausschnitt vorgestellt wird. Mit dem Jubiläumsjahr 1989, das am IWM mit einer Themenwoche begangen wurde, beschäftigen sich auch die Beiträge von **Ivan Vejvoda**, **Ludger Hagedorn** und **Zsuzsanna Szelényi**. Ein weiterer Schwerpunkt widmet sich der Zukunft der Demokratie. Während **Aleida Assmann** davor warnt, die Nation den Nationalisten zu überlassen, setzen sich die am IWM herausgegebenen Sammelbände *Brexit: Farce und Tragödie* und *Urbaner Protest: Revolte in der neoliberalen Stadt*, published by the IWM, deal with the causes and consequences of the British exit vote and the growing frustration with neoliberal politics. **Branko Milanović** (in an interview with **Shalini Randeria**) has also devoted himself to the issue of global inequality. He calls for a new approach, as does **Dani Rodrik**, who writes about globalization's wrong turn. **Laura Ștefănuț** describes the concrete results of neoliberal politics by using the example of the Romanian garment industry. **Bernd Marin** and **István Adorján** discuss the problems and opportunities that demographic change brings with it. As **Jakub Jirsa** shows, universities are also facing major challenges, as they are confronted with growing mistrust.

Weitere Artikel analysieren die historischen und sozialen Hintergründe der aktueller politischer Entwicklungen. Während **Andrei Soldatov** und **Irina Borogan** das Verhältnis Russlands zu seiner Diaspora unter die Lupe nehmen, untersucht **Galip Dalay** die strategische Beziehung Russlands zur Türkei. Inwiefern es dem neuen Präsidenten Volodymyr Zelensky gelungen ist, einen neuen Stil in die ukrainische Politik zu bringen, ist Gegenstand von **Kateryna Mishchenko**'s Beitrag. **Nelufer de Mel** hingegen geht der Frage nach, welche Auswirkungen die Terroranschläge in Sri Lanka für die muslimische Bevölkerung und hier ganz besonders auf die Frauen haben. Abschließend unternimmt **Holly Case** ein Gedankenexperiment und fragt, wie wir als Gesellschaft nicht nur Teil des Problems, sondern vielleicht auch Teil der Lösung sein können. □

Anita Dick
Marion Gollner



Institut für die Wissenschaften vom Menschen
Institute for Human Sciences

Imprint: Responsible for the content: Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM), Spittelauer Lände 3, 1090 Vienna, Austria, Phone: +43/1/313 58-0, Fax +43/1/313 58-60, iwm@iwm.at, www.iwm.at; **Editors:** Marion Gollner, Anita Dick; **Editorial Assistance:** Clemena Antonova, Simon Garnett, Lukas Huber, Christina Pössel, Max Feldmann, Evangelos Karagiannis, Katherine Younger; **Design:** steinkellner/zotter, www.steinkellner.com. IWMpost is published two times a year. Current circulation: 66,000, printed by Print Alliance HAV Produktions GmbH, 2540 Bad Vöslau, www.printalliance.at. Copyright IWM 2019. An online archive of IWMpost is available on the Institute's website at www.iwm.at.

Die Wiedererfindung der Nation

VON ALEIDA ASSMANN

In unserem liberalen Denken haben wir die Nation vergessen und sie den Rechten und Nationalisten überlassen, die nun lautstark in die Öffentlichkeit zurückdrängen, so die Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann anlässlich der diesjährigen Jan Patočka Gedächtnisvorlesung, die sich mit umstrittenen Fragen der kollektiven Vergangenheitsbewältigung und der Renaissance des Kriegsmythos auseinandersetzt hat.



Ein Demonstrant hält ein Schild mit der Aufschrift „Wir sind nicht im Krieg“ während eines republikanischen Protestes auf dem Platz Puerta del Sol in Madrid am 24. Oktober 2019 nach der Exhumierung des spanischen Diktators Francisco Franco.

Es ist gut, wenn wir Erinnerungen austauschen und erfahren, was die anderen von unseren Geschichten denken. [...] Die gesamte europäische Geschichte ist zusehends Allgemeingut, das für einen jeden ohne die Verpflichtung nationaler oder anderer Befangenheiten zugänglich ist.¹ Diesen Satz hat der ungarische Schriftsteller György Konrád vor 10 Jahren ausgesprochen. Seither wird in Europa das Rad der Geschichte zurückgedreht. In vielen Staaten Europas gelten heute wieder die alten Prinzipien eines monologischen Nationalstaats, der auf Stolz und Ehre gegründet ist und selbstherrlich über seine Geschichte entscheidet.

Ähnliches geschieht in Ungarn und Russland, wo der Patriotismus zu einer nationalen Verpflichtung geworden ist und den Charakter eines religiösen Bekenntnisses angenom-

men hat. Unter diesen Umständen gilt einmal mehr die Diagnose des US-amerikanischen Historikers Peter Novick: „Das kollektive Gedächtnis vereinfacht, es sieht alles aus einer einzigen, emotional besetzten Perspektive. Es kann keine Ambivalenzen aushalten und reduziert Ereignisse zu Archetypen.“ Wir können auch sagen: Stolz und Ehre regieren wieder, die (ur)alten Prinzipien der Kriegergesellschaft und des Nationalstaats. In diese alten Muster zurückzufallen heißt aber auch, dass keine Lehren aus der Geschichte gezogen werden dürfen. Vom polnischen Philosophen Leszek Kołakowski stammt der beeindruckende Satz: „Wir lernen aus der Geschichte, um diejenigen unter uns anzuerkennen, die am schlimmsten unter ihr gelitten haben.“² In der dritten und vierten post-Holocaust-Generation geht es heute nicht mehr um Schuld und

Schande, sondern um Verantwortung und Empathie. Von Schuld und Schande spricht, wer glaubt, die Ehre der Nation wider besseres Wissen und Gewissen retten zu müssen; von Empathie spricht, wer auf die Würde der Person setzt und damit die Demokratie stärkt. Aufklärung und Bildung sind Grundrechte in einem demokratischen Staat, denn aufgeklärte Bürger schwächen die Nation nicht, sondern stärken sie.

Der lange Atem des Krieges

Der Historiker George Mosse, der mit 15 Jahren Nazi-Deutschland verlassen musste, war ein bedeutender Historiker der Nation, der über Themen wie Rasse, Geschlecht, Körper und nationales Gedächtnis geschrieben hat. Er interessierte sich besonders für die Art und Weise, wie die kollektive Erinnerung an den Ers-

ten Weltkrieg in die Nachkriegszeit transportiert wurde. Obwohl der Waffenstillstand am 11. November 1918 eine ersehnte Zäsur brachte, war der Krieg damit noch keineswegs beendet, so Mosse.

Vielmehr ging er davon aus, dass nach Ende dieses industriellen Krieges mit seinem routinierten und mechanisierten Töten und dem Verlust von dreizehn Millionen Soldaten die Gesellschaften verwundet und mit einem großen Problem zurückblieben. Denn eine große Kluft hatte sich aufgetan zwischen dem Schrecken und der Ehre des Krieges, weshalb alle Nationen nach einer Symbolsprache suchten, die diese Lücke füllen bzw. verdecken sollte. Man orientierte sich dabei an den Erinnerungen jener Kriegsveteranen, die den Krieg und ihren Einsatz bejahten, und nicht an denen, die desillusioniert aus ihm zurückkehrten

Jan Patočka Memorial Lecture

Die Patočka Memorial Lecture wurde vom Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) im Jahr 1987 ins Leben gerufen, um an den tschechischen Philosophen und Bürgerrechtler Jan Patočka (1907–1977) zu erinnern. Patočka, der als einer der bedeutendsten modernen Philosophen Mitteleuropas gilt, war Mitbegründer und Sprecher der Bürgerrechtsbewegung Charta 77 und verstarb nach mehreren Polizeiverhören im Alter von 70 Jahren in Prag. Um seinen Nachlass zu retten, wurden die Werke des Philosophen kopiert und nach Wien gebracht, wo am IWM ein Archiv und ein eigener Forschungsschwerpunkt eingerichtet wurden. Die alljährliche Gedächtnisvorlesung zu seinen Ehren fand heuer zum 31. Mal statt. Die Liste der prominenten Redner ist lang – darunter finden sich u.a. Chantal Mouffe, Lord Robert Skidelsky, Peter L. Berger, Zygmunt Bauman, Jürgen Osterhammel, Nancy Fraser, Martin Walser, Claus Offe, George Soros, Edward W. Said, Jaques Derrida oder Charles Taylor.

und ihn verneinten. Die Betonung ihrer Erinnerung lag auf der Glorifizierung und nicht auf der Tragödie des Krieges.

Mosse untersuchte das, was er den ‚Mythos des Kriegserlebnisses‘ nannte. Mit diesem Mythos wurde dem Tod im Krieg der Stachel gezogen und eine positive Bedeutung von Kampf und Opfer etabliert. Dieser Mythos verwandelte den Krieg in eine nationale Religion mit neuen „Heiligen und Märtyrer[n], heiligen Orten der Erinnerung und einem von Generation zu Generation weiterzugebendem Erbe“. Diese Sakralisierung ging Hand in Hand mit der Sakralisierung der Nation. Mosse benutzte das Wort ‚Mythos‘ nicht, um dieses Konstrukt als Lüge zu entlarven, sondern interessierte sich für die Frage, wie der Mythos konstruiert wurde, d.h. wie er menschliches Verhalten so nachhaltig prägen und das Selbstbild von Generationen und Nationen formen konnte.

Mosse konzentrierte sich auf die Situation in Deutschland, wo der Männer-und-Krieger-Kult zur zentralen Ideologie des NS-Staats wurde. Dieser Mythos von heroischer Tat, Männlichkeit und einer Polarisierung von Freund und Feind stand den Friedens- und Demokratisierungs-Bemühungen der 1920er Jahre diametral entgegen: „Das Vokabular des politischen Kampfes, das Ziel, den politischen Gegner gänzlich auszulöschen, [...] all das führte zu einer geistigen Fortsetzung des Ersten Weltkriegs“ nach seinem Ende.³

In Deutschland wurde der ‚Mythos der Kriegserfahrung‘ so zur Staats-Ideologie des Nationalsozialismus. ‚Die Toten zu erinnern‘ bedeutete nicht nur sie nachträglich zu ehren, sondern einen militärtanten Opferkult in die Zukunft zu projizieren.

Was hat Mosse ‚Mythos der Kriegserfahrung‘ mit unserer heutigen Realität zu tun? Sehr viel, wie ich meine. Denn er ist nicht Geschichte, sondern noch immer lebendiges Gedächtnis. Das heißt: es geht noch emotionaler Druck von ihm aus im aktuellen Kampf um europäische Werte. Wie werden Kriege nachhaltig beendet? Und welche Rolle spielen dabei Erinnern und Vergessen? In der EU mehren sich zurzeit Hinweise dafür, dass von vergangenen Kriegen weiterhin emotionaler Druck ausgeht und sie in den Köpfen und Herzen der Menschen noch nicht beendet wurden. In Italien zum Beispiel ist der 25. April der nationale Jahres-Gedenktag des Kriegsendes. An diesem Tag haben die Alliierten 1945 Italien befreit und das faschistische Regime beendet. 2019 gab es für Matteo Salvini von der rechtsgerichteten *Lega* jedoch keinen Grund mehr, sich an die Niederlage der Faschisten zu erinnern. Im Gegenteil: Er hält es mit jenen, die Mussolini rehabilitiert und als nationalen Helden wieder auf den Sockel gesetzt haben.

Spanien ist ein weiteres Beispiel für eine europäische Nation, die unter dem doppelten Druck politischer Polarisierung regionaler Teilung steht. Auch diese Spaltungen haben ihren Ursprung im 20. Jahrhundert und reichen in die Zeit des Bürgerkriegs zurück. Der ‚Pakt des Schweigens‘ mag 1977 eine ver-



Am 24. Oktober 2019 wurde der Leichnam des früheren spanischen Diktators Franco exhumiert und vom ‚Tal der Gefallenen‘ in ein privates Grab überführt. Sein Mausoleum hatte Rechtsextremen jahrelang als Pilgerstätte gedient.



Photo: Johannes Hoch

ständliche pragmatische Entscheidung gewesen sein, um den erfolgreichen Übergang zur Demokratie zu ermöglichen. Aber heute mehren sich die Symptome, die andeuten, dass die Schlussstrich-Politik des Vergessens keine dauerhafte Lösung sein kann und dass auch dieser Krieg noch lange nicht zu Ende ist. Die Exhumierungs-Bewegung begann nach 2000, als viele Familien die Gebeine ihrer in Massengräbern verscharrten Angehörigen suchten, um sie endlich rituell beizusetzen. Auch hier ist ein gemeinsames Narrativ dieses zentralen Ereignisses der spanischen Nationalgeschichte noch immer nicht in Sicht. Francos riesiges Monument im Tal der Gefallenen war der Versuch gewesen, den Krieg symbolisch zu beenden, aber er hat die Erinnerung nicht zur Ruhe gebracht, sondern eine gigantische Wunde geschaffen, die nach 80 Jahren noch immer schmerzt. Offenbar

ist es schwierig, eine Gesellschaft zusammenzuhalten ohne einen gewissen Konsens über die historischen Schlüsselereignisse der Nation. Man stelle sich ein Deutschland vor, in dem die Hälfte der Bewohner der Meinung ist, dass die Mauer in Berlin und Europa eine gute Sache war.

Mosse starb 1999. Er hat den Fall der Mauer noch erlebt und war zufrieden mit der Entwicklung in Deutschland: „Für mich ist das die große Errungenschaft des Zweiten Weltkrieges, dass die Deutschen einfach nicht mehr kämpfen wollen.“ In den 1980ern registrierte er allgemein, dass „der Mythos der Kriegserfahrung in Europa inzwischen Geschichte ist.“ Er fügte allerdings hinzu: „Die Zukunft ist offen. [...] Wenn der Nationalismus als säkulare Religion wieder Auftrieb erhält, wird der Mythos dabei wieder eine Rolle spielen.“ Für Mosse war der „Krieg selbst eine große Brutalisie-

rungsmaschine“ und er machte sich keine Illusionen darüber, dass „einiges von dem, was wir den Zivilisierungsprozess nennen, unter diesem Druck zerstört wurde.“

Brutalisieren und Zivilisieren sind entgegengesetzte Pfade, auf denen sich Nationen bewegen können. Wir sollten nicht vergessen, dass sich alle europäischen Nationen in den Ersten Weltkrieg stürzten in der Hoffnung auf Erneuerung durch Gewalt. Eine als degeneriert und verweiblicht empfundene Kultur sollte durch das Ideal einer starken und heroischen Männlichkeit erneuert werden. In zivilen Zeiten sind solche Anfälle von kollektiver Erhebung im Namen heroischer Mythen schnell vergessen. Aber wie lange? Als der Soziologe Norbert Elias über dieses Thema nachdachte, sprach er von einem ‚Prozess der Zivilisation‘. Zivilisation ist aber kein Prozess, sondern ein Projekt und

nur Menschen sind imstande, einen solchen Prozess mithilfe kultureller Werte, Programme und dauernder Erziehung anzustoßen und durchzuhalten. Nationen sind für sich genommen niemals brutal oder zivil, sondern nur in Bezug auf ihre kulturellen Programme. Entscheiden sie sich für nationalen Stolz und einen Kult der Stärke oder für ein friedliches Zusammenleben in Vielfalt und Menschenwürde? Was erklären sie für heilig – die Nation, das Kollektiv, den Staat oder das Individuum? Die Wieder-Erfindung der Nation ist ein bedrängendes Problem und eine große Aufgabe, aber auch ein Thema, das mehr Aufmerksamkeit verdient. Wir sollten den Begriff der Nation nicht den Nationalisten überlassen, sondern ihn zurückerobern. Es ist an der Zeit, dass wir positive Werte und Ideen mit der Nation verknüpfen und uns in Zeiten der politischen Gefahr auch aktiv für sie einsetzen! □

1) Rede zur Eröffnung des 50-jährigen Bestehens der Aktion Sühnezeichen am 3. Mai 2008 im Haus der Kulturen der Welt in Berlin.

2) Zitat nach Estera Flieger.

3) George Mosse: *Fallen Soldiers. Reshaping the memory of the world wars*, 1990.

Aleida Assmann ist emeritierte Professorin für Anglistik und Allgemeine Literaturwissenschaften an der Universität Konstanz. Für ihre Forschung zu Praktiken des kollektiven Erinnerns und Vergessens wurde sie mehrfach ausgezeichnet – u.a. erhielt sie 2018 zusammen mit ihrem Ehemann Jan Assmann den Friedenspreis des deutschen Buchhandels. Am 15. Oktober 2019 hielt sie auf Einladung des IWM die 31. Jan Patočka Memorial Lecture mit dem Titel „Die Wiederaneignung der Nation. Erinnerung, Identität und Gefühle“ im Radiokulturhaus. Ein Video des gesamten Vortrags ist nachzusehen auf: www.youtube.com/IWMVienna

Ungleichheit zur Sprache bringen

INTERVIEW

Der Wirtschaftswissenschaftler Branko Milanović zählt zu den weltweit führenden Experten auf dem Gebiet der globalen Ungleichheit. Mit IWM Rektorin Shalini Randeria sprach er am Rande eines Vortrags am Graduate Institute in Genf über Einkommensunterschiede, Reichensteuern und die Vision eines egalitären Kapitalismus.

Shalini Randeria: Wie kommt es dazu, dass sich Ökonomen erst in den letzten Jahrzehnten für die Frage der Ungleichheit interessiert haben? Ebenso überrascht es, dass ausgerechnet die Weltbank, für die Sie mehr als 10 Jahre lang tätig waren, erst kürzlich das Problem der Ungleichheit für sich entdeckt hat, obwohl sie ein anhaltendes Interesse am Thema Armut hat.

Branko Milanović: Das sind ausgezeichnete Fragen, denn sie sprechen direkt den politischen bzw. ideologischen Aspekt des Themas Ungleichheit an. Wenn man – so wie im Falle der meisten Ökonomen – ständig ein allgemeines Gleichgewichtsmodell im Hinterkopf hat, besteht das generelle Problem darin, dass die zwei für Ungleichheit so zentralen Elemente – die Preise sowie die Ausstattung der Produktionsfaktoren – wirklich außerhalb ihres Fokus liegen. Lassen Sie es mich näher erklären. Preise wie Lohn und Kapitalrendite werden vom Markt bestimmt, ob es einem gefällt oder nicht. Und wie viel Kapital oder Arbeit man hat, liegt außerhalb des Systems: Man betritt den Markt mit den eigenen Ressourcen. Ökonomen nahmen daher sowohl Preise als auch individuelle Ressourcenausstattung als gegeben an, weil sie diese außerhalb ihres disziplinären Zuständigkeitsbereichs sahen. Folglich wurden Ungleichheit oder Einkommensverteilung von der Wirtschaftswissenschaft fast vollständig außer Acht gelassen. Als ich in den 90er Jahren anfing, über Ungleichheit zu schreiben, war das Thema in wirtschaftlichen Fachzeitschriften kaum vorhanden. Im *Journal of Economic Literature* gab es damals kein eigenes Stichwort für „Ungleichheit“, weshalb man auf Stichwörter wie „Wohlfahrt“ oder „Bildung“ zurückgreifen musste. Man musste erfunderisch sein, weil Ungleichheit schlachtweg für Ökonomen nicht existierte!

Was Ihre zweite Frage betrifft, so hat sich die Weltbank sehr viel mehr mit Armut als mit Ungleichheit beschäftigt, weil Armutsbekämpfung ein „sexy Thema“ war. Jeder wollte als jemand gesehen werden, der armen Menschen hilft. Wie ein Freund von mir einmal sagte: „Wann immer ich meine Vorstandsmitglieder bitte, ein Projekt zu finanzieren, das sich mit Ungleichheit beschäftigt, denken sie, dass ich hinter ihrem Geld her bin. Wenn ich sie jedoch bitte, ein Projekt zur Armutsbekämpfung zu finanzieren, sind alle dafür und fühlen sich gut dabei.“



Als ich bei der Weltbank war, nutzte ich den einzigartigen Datensatz, den es dort gab, um zum ersten Mal die globale Ungleichheit zu messen. Ich arbeitete fast ausschließlich allein, ohne nennenswerte wissenschaftliche Unterstützung und so gut wie keine Förderung aus dem sonst so üppigen Forschungsetat der Weltbank. Aber ich konnte ungehindert arbeiten, da sich niemand für das Thema interessierte. Wie sich die Zeiten ändern!

Randeria: Sie haben Recht, Ungleichheit führt uns sofort in die Welt der Reichen. Klassen- und Vermögensunterschiede sind viel schwieriger zu analysieren als die Welt der Armen, die viel leichter zugänglich ist. Aber ich möchte gerne auf eine andere, nicht minder überraschende Erkenntnis Ihrer Forschung eingehen – nämlich, dass der Geburtsort der wichtigste der Faktoren ist, die auf Lebenschancen und Einkommen Einfluss nehmen. Wie lässt sich das erklären?

Milanović: Im Wesentlichen habe ich festgestellt, dass, wenn man alle Menschen der Welt, von den ärmsten 1% bis zu den reichsten 1% eines jeden Landes, in Perzentilgruppen unterteilt und untersucht, wie viel von ihrem Gesamteinkommen durch die Variable Geburtsland erklärt werden kann, man im Grunde genommen eine Antwort von 0,6 erhält. Das ist bemerkenswert! Um es anders auszudrücken, 60% des Le-

benseinkommens werden durch den Geburtsort bestimmt. Ich habe diese Zahlen dann mit Schätzungen zur intergenerationalen Weitergabe von Einkommen kombiniert. Es zeigte sich, dass 80% des Einkommens einer Person durch die Faktoren Geburtsland (60%) und Einkommenssituation der Eltern (20%) erklärt werden können. Die restlichen 20% entfallen auf Leistung, Glück oder andere Faktoren wie Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit etc.

Diese Erkenntnis ist besonders relevant für die aktuellen Migrationsdebatten. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass Migration einfach das Ergebnis des Zufalls ist, wo man geboren wurde.

Randeria: Wenn der Ort für die Höhe des Einkommens so entscheidend ist, wäre es nur logisch, dorthin zu ziehen, wo die Löhne höher sind. Sie sprechen sich zwar für Migration aus, plädieren aber für begrenzte Leistungen und vorübergehende Aufenthaltstitel für MigrantInnen. Warum nehmen Sie hier eine so kontroverse Position ein?

Milanović: Es handelt sich in der Tat um eine sehr provokative und umstrittene Position, die von der Prämissen ausgeht, dass Migration genauso behandelt werden sollte wie Kapital: als ein Produktionsfaktor, der sich im Zeitalter der Globalisierung völlig frei bewegen sollte. Wenn wir die Freizügigkeit des Kapitals akzeptieren, sollten wir das

auch bei der Freizügigkeit der Arbeitnehmer tun. Aber hier stoße ich auf ein Problem: Die Bevölkerung der Empfängerländer ist nicht bereit, einer solchen Idee Rechnung zu tragen. Wir können darauf bestehen, dass Migration positive Auswirkungen auf das allgemeine Wirtschaftswachstum (und sogar das der Empfängerländer) hat und Armut sowie Ungleichheit insgesamt reduziert, aber wenn die Bevölkerung in den jeweiligen Ländern dagegen ist, müssen wir diesen Widerstand zur Kenntnis nehmen. Genau das habe ich getan. Ich habe den umstrittenen Vorschlag gemacht, die Bürgerrechte von MigrantInnen einzuschränken, um die Akzeptanz von Einwanderung bei der einheimischen Bevölkerung zu erhöhen. Ich schlage einen Kompromiss vor – nicht weil ich so vernarrt darin bin, sondern weil die Alternative keine Migration wäre. Meine Position ist eigentlich eine Verteidigung der Migration, aber auf eine kontraintuitive Weise.

Randeria: Sie argumentieren in Anlehnung an Piketty auch, dass ein Weg zu mehr Gleichheit und Umverteilung über höhere Erbschafts- und Körperschaftssteuern führen könnte. Sehen Sie im aktuellen Meinungsklima eine politische Mehrheit für diese Vorschläge?

Milanović: Nicht wirklich, aber ich bin nicht gänzlich pessimistisch. Was wir jetzt brauchen, ist eine andere Sichtweise des Kapitalismus. Un-

sere Vorstellung von Kapitalismus, in dem Einkommen durch Steuern und Transferleistungen umverteilt wird, funktioniert heute nicht mehr so gut wie in der Vergangenheit. Die Menschen sind nicht mehr bereit, so hohe Steuern wie früher zu zahlen – vielleicht weil sie heute weniger Vertrauen in die Regierungen haben.

Randeria: Es gibt aber eine wachsende und allgemeine Tendenz, niedrigere Steuern zu befürworten, auch bei denjenigen, die von einer höheren Besteuerung der Reichen profitieren würden.

Milanović: Ja, absolut. Deshalb brauchen wir die Vision eines egalitären Kapitalismus, der von einer relativen Gleichheit der Ressourcenausstattung ausgeht. Der Schwerpunkt sollte darauf liegen, die Konzentration von Kapitaleigentum zu verringern und auf den Mittelstand auszudehnen. Steuerbegünstigungen sollten Großinvestoren entzogen und stattdessen der Mittelschicht zugutekommen, um in Wohnraum und Finanzanlagen investieren zu können.

Randeria: Ihr Vorschlag scheint in die gleiche Richtung zu gehen wie jener von Hernando de Soto. Aber während er sich dafür eingesetzt hat, dass die Armen in den sogenannten Entwicklungsländern Eigentumstitel erwerben können, scheinen Sie ein ostasiatisches Modell des Kapitalismus zu bevorzugen.

Milanović: Das ist richtig, aber lassen Sie mich noch etwas hinzufügen. Nehmen wir theoretisch an, dass Finanzkapital, Wohnraum und Humankapital wie Bildung innerhalb der Bevölkerung mehr oder weniger gleichmäßig verteilt sind. Ein Umverteilungsstaat wäre dann nicht mehr nötig. Das ist der entscheidende Punkt. In einem solchen Kontext wären Elemente von Kapitalismus, Liberalismus und Kommunismus vereint. Mit anderen Worten, Sie hätten Kapitalismus, Marktwirtschaft und Gleichheit, aber einen kleinen redistributiven Staat. Das wäre eine völlig neue Denkweise, sich die Zukunft des Kapitalismus oder, besser gesagt, den Kapitalismus der Zukunft vorzustellen.

Randeria: Sie sehen im wirtschaftlichen Aufstieg Chinas und Indiens eine wichtige Möglichkeit, Ungleichheiten zwischen Ländern abzubauen. Wie sieht so ein Szenario aus? Ist ein so hohes Wirtschaftswachstum ökologisch nachhaltig?

Milanović: Der Aufstieg Chinas und Indiens ist paradigmatisch, aber

wir sollten Vietnam, Thailand, Indonesien und ganz Asien nicht vergessen. Es ist das, was ich *rebalancing of the world* nenne. Er bringt die nördliche Hemisphäre, zu der auch der eurasischen Kontinent und Nordamerika gehören, zu einer Einkommensverteilung wie zur Zeit vor der Industriellen Revolution. Mit anderen Worten, Indien und China werden in einigen Jahrzehnten das gleiche Einkommensniveau erreicht haben wie Westeuropa, so wie es 1500 der Fall war. Man muss dieses Phänomen daher in einer globalen Perspektive und als Spiegelbild der ersten industriellen Revolution sehen, die mit dem Aufstieg des Westens verbunden war. Jetzt sehen wir den Aufstieg Asiens.

Auf die wichtige Frage, ob der Aufholmotor an seine ökologischen Grenzen stößt, habe ich wirklich keine Antwort. Aber ich denke, dass es falsch ist, sich in diesem Kontext auf bestimmte Länder zu fokussieren. Die Hauptverursacher der Umweltbelastung sind reiche Menschen, die in allen Ländern leben. Sie sollten dafür besteuert werden.

Randeria: In der Tat vergleichen wir die falschen Einheiten, wenn wir von Nationalstaaten als Umweltverschmutzern sprechen.

Milanović: Absolut wahr. Leider sind wir oder, besser gesagt, unsere Werkzeuge immer noch im „methodischen Nationalismus“ gefangen. Im Wesentlichen werden alle unsere Berechnungen auf der Ebene der Nationalstaaten durchgeführt, und all unser Wissen bezieht sich auf verschiedene Faktoren innerhalb von Nationalstaaten. Zum Beispiel könnte die Frage, wie sehr das Einkommen vom Geburtsort abhängt, auf der Ebene des Nationalstaates nicht einmal gestellt werden, da auf dieser Ebene die Einkommen verschiedener Menschen miteinander verglichen werden, ohne den Staat in die Überlegungen miteinzubeziehen. Erst eine Verschiebung von der nationalstaatlichen auf die globale Ebene ermöglicht ganz andere Antworten, erfordert aber auch völlig neue Instrumente. Das Gleiche gilt für den Klimawandel: Auch hier ist die Ebene des Nationalstaates die falsche. □

Am 16. April hielt Branko Milanović auf Einladung des Albert Hirschman Centre on Democracy einen Vortrag in Genf. Das Interview mit Shalini Randeria erschien zuerst auf Englisch und ist im Original auf der Website des Graduate Institutes nachzulesen: www.graduateinstitute.ch

Branko Milanović arbeitete zwanzig Jahre als Ökonom und Chefökonom in der Forschungsabteilung der Weltbank. Derzeit ist er Visiting Presidential Professor am Graduate Center der City University of New York (CUNY) und ein Senior Scholar am Stone Center on Socio-economic Inequality. Sein Buch *Die ungleiche Welt – Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht* wurde 2016 mit dem Bruno-Kreisky-Preis für das Politische Buch ausgezeichnet.

Shalini Randeria ist Rektorin des Instituts für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) in Wien und Professorin für Sozialanthropologie und Soziologie am Graduate Institute of International and Development Studies (IHEID) in Genf, wo sie seit März 2017 auch das Albert Hirschman Centre on Democracy am IHEID leitet.

1989 in a Week: The Wind of Change That Transformed Europe

BY LUDGER HAGEDORN

The year 1989 stands for a historical caesura that deeply changed the face of Europe. The 30th anniversary of the dramatic events in 2019, calls for commemoration and a critical reflection of their implications for the world of today.

With a series of events, IWM highlighted facets and moments of the year that is also of crucial importance to the institute itself, since one of its founding objectives in 1982 was to promote intellectual exchange between Eastern and Western Europe.

Curated by IWM Permanent Fellow Ludger Hagedorn, the series of events started on November 4 and 5 with two evenings of literary readings in German language, including the authors **György Dalos, Dževad**

Karahasan, Noémi Kiss, Tanja Märtorschuk, and Thomas Perle.

November 6 saw a full day program titled “1989 in a Day” that brought together personal recollections of the crucial events of the year throughout Central and Eastern Europe seen from two different generational perspectives. The unique format focused on eight selected dates/events of the year 1989, deliberately excluding the Fall of the Berlin Wall as this event retrospectively overshadows all others, which were not

any less meaningful for later developments. Participants included former Austrian vice-chancellor **Erhard Busek** and the German ambassador to Austria, **Ralf Beste**.

The final discussion on November 7 addressed the question of “Thirty Years After: Europe’s Unfinished Revolution?” Moderated by **Heidemarie Uhl** (Austrian Academy of Sciences) panelists **Jiří Přibáň** (Cardiff University) and **Martin Milan Šimečka** (Journalist and writer, Bratislava) pondered why the onetime wind

of change seems to have died away and left the revolution unfinished.

The events were organized in co-operation with the *Europe’s Futures Project* at IWM, Österreichische Gesellschaft für Literatur (ÖGFL) and the Czech Embassy in Vienna; generously supported by ERSTE foundation, the Polish Ministry of Science and the Czech Ministry of Foreign Affairs. □

Videos of all events on:
www.youtube.com/IWMVienna



Holly Case and Erhard Busek



Ivan Vejvoda and Vuk Velebit



Ambassador Ralf Beste



Ambassador Ivana Červenková and Ludger Hagedorn



Andrzej Waśkiewicz and Aleksandra Głos



Victor Neumann and Raluca Alexandrescu



Noémi Kiss and Thomas Perle

Annus Mirabilis: The Road to 1989, and Its Legacy

BY IVAN VEJVODA

In East Berlin, on the night of November 9, 1989, an international order that had originated in Yalta and Potsdam 45 years earlier came to a dramatic end. The fall of the Berlin Wall triggered a series of major events, beginning with the reunification of Germany in 1990. Thus began the first accelerated transition to democracy by a former communist country, the German Democratic Republic. Following a massive political, economic, and social integration effort, Germany today stands as a major force in Europe and in the European Union.

Communism's end in Europe came much earlier and more suddenly than anyone had expected. Many circumstances and events—both major and minor—led to the breakthrough. Individuals and movements in several communist countries courageously stood up for their rights and freedoms, from the protestors in East Germany in 1953 and Hungary in 1956 to those in Czechoslovakia in 1968 and Poland in 1981. They created alternative spaces and oases of civil society. They were often crushed and brutally repressed, but held on to a deep unflinching com-



Photo: Libor Hajsky / CTK Photo

mitment, with the hope that their struggles for human dignity and freedom would one day bear fruit. The Helsinki Accords of 1975 created an additional basis for the pursuit of human rights and freedom in authoritarian regimes on which dissidents could rely.

The appearance of Mikhail Gorbachev at the helm of the Soviet Union in 1985 led to the modest political openings of *glasnost* (open-

ness) and *perestroika* (reform movement). Gorbachev came up with a "My Way" doctrine of letting the Soviet satellite countries follow their own paths, relinquishing Moscow's iron grip over Central and East Europe. This led to cascading openings—the shedding of authoritarian structures, the progressive espousal of democratic political institutions, and the gradual evolution of market economies based on the rule of law—

in Poland, Hungary, East Germany, Czechoslovakia, Romania, Bulgaria, and Albania.

The political, economic, and military pressure of the United States and West European states in the 1980s also contributed significantly to the geopolitical dynamic along the Cold War fault line. But the principle legacy of 1989, of the *annus mirabilis*, is one of the resilience and courage of individuals and whole societies in their pursuit of freedoms and rights, often under adverse circumstances. Their return to a Europe whole, free, and fully at peace—and to democracy, values, and rules-based polities—was largely and undeniably successful.

In the years following the fall of the Berlin Wall, the European Union spearheaded its greatest enlargement through a democratization process that led to the integration of these countries in 2004, 2007, and 2013. NATO led a parallel enlargement process of its own in 1999, 2004, and 2009. The historical sea change also led to the breakup of three communist federations: peacefully in Czechoslovakia in 1993, more or less peacefully in the Soviet Union in 1991, and through a protracted conflict in the former Yugoslavia throughout the 1990s. The longest period of peace in Europe, made possible by the United States' security umbrella, continues, notwithstanding the conflict in the Balkans or recent events in Ukraine.

Yet, despite the most optimistic predictions, history has continued. A quarter of a century later, geopolitics still constitute a core element of international relations. A number of frozen conflicts created in the early 1990s in such places as Nagorno-Karabakh, Transnistria, Abkhazia, and South Ossetia remain unresolved to this day. And, also in 1989, on the other side of the world, a rising China violently repressed a democratic student and popular movement in Tiananmen Square.

Today, the bipolar world has become multipolar, a configuration that cannot yet be called a new order of the kind created after the Peace in Westphalia in 1648, the Congress of Vienna in 1815, the Treaty of Versailles in 1918–19, or World War

II. Today's manifestations in many societies of public disaffection with politics, growing renationalization, widening inequality, and regional independence movements prevent the pursuit of greater predictability and in the lives of governments and citizens alike. The violation of Ukraine's sovereignty and territorial integrity and the annexation of Crimea by Russia are a testimony to the persistence of an unsettled international order. The world still reverberates with the aftershocks of the seminal events of 1989. □

Ivan Vejvoda is a Permanent Fellow at the IWM and head of the project *Europe's Future—Ideas for Action*. Until 2017, he was Senior Vice President for Programs at the German Marshall Fund (GMF) of the United States, where he served as Executive Director of the Balkan Trust for Democracy from 2003 to 2010. This text was first published on GMF's website.

Europe's Futures: Ideas for Action

The three year project *Europe's Futures*, run by IWM Permanent Fellow Ivan Vejvoda, is generously supported by and conducted in a strategic partnership with ERSTE Foundation. Following a pilot phase in 2017, from the academic year 2018/19 the project engages as (annual) fellows renowned experts from politics, academia and civil society to work on three broad themes related to current European challenges: the state of democracy in Europe, the issues related to migration, asylum and borders and, finally, the question of the European Union's enlargement.

Moreover, the project organized and (co)hosted numerous events in Vienna and abroad. The current generation of eight fellows (names below) first gathered in September 2019 at IWM for a month in residence, during which the fellows held public presentations of their research, engaged in topical gatherings and in contacts with the press and media. Exemplary recent activities include the co-operatively organized conferences "1989 in a Day" on November 6 at IWM and "Europe for the Many" conference on November 8 in Palermo.

Beyond that, Ivan Vejvoda and fellows have been involved in major European debates on the concerned issues, publishing articles, commentaries, participating in conferences, and giving numerous interviews in European and other media. From September 2019, the project website (www.europesfutures.eu) runs a weekly column on current European affairs, offering exclusive articles from the fellows and direct associates.

The current Europe's Futures fellows are: **Isabelle Ioannides** (Senior Associate Researcher, Institute for European Studies; Scholar, Dept. of Political Sciences, Vrije University Brussels), **Leszek Jaźdżewski** (editor-in-chief, *Liberté* journal, Lodz), **Nicole Koenig** (Deputy Director, Jacques Delors Institute, Berlin), **Peter Kreko** (Director, Political Capital, Budapest), **Bernd Marin** (Director, European Bureau for Policy Consulting and Social Research, Vienna), **Grigorij Mesežnikov** (Director, Institute for Public Affairs, Bratislava), **Niccolo Milanese** (philosopher, author, Director, European Alternatives, Paris), **Alida Vračić** (Director, Think Tank Populari, Sarajevo; Visiting Fellow ECFR Berlin).



Georgi Pirinski and Jana Tsoneva



Philipp Ther and Jennifer Bergerova



Martin Milan Šimečka



Jiří Přibáň and Heidemarie Uhl



Volodymyr Kulyk and Kateryna Ruban



Dagmar Rychnovská



Manfred Müller and Ludger Hagedorn



György Dalos, Tanja Maljartschuk, Cornelius Hell, Dževad Karahasan

Photos: Johannes Hoch, Zsolt Marton, Tirza Podzeit

The Dying of the Light

BY IVAN KRASTEV AND STEPHEN HOLMES

*Why did the West, after winning the Cold War, lose its political balance? In their latest book *The Light that Failed*, Ivan Krastev and Stephen Holmes argue that the supposed end of history turned out to be only the beginning of an Age of Imitation. Reckoning with the history of the last thirty years, they show that the most powerful force behind the wave of populist xenophobia that began in Eastern Europe stems from resentment at the post-1989 imperative to become Westernized. The following text is an excerpt of the book.*

In the immediate aftermath of 1989, the global spread of democracy was envisioned as a version of the fairy tale of Sleeping Beauty, where the Prince of Freedom only needed to slay the Dragon of Tyranny and kiss the princess in order to awaken a previously dormant liberal majority. But the kiss proved bitter, and the revived majority turned out to be more resentful and less liberal than had been expected or hoped.

When the Cold War ended, racing to join the West, as that destination has been idealized from behind the Iron Curtain, was the shared mission of Central and East Europeans. Indeed, becoming indistinguishably Western was arguably the principal aim of the revolutions of 1989. The enthusiastic copying of Western models, accompanied as it was by the evacuation of Soviet troops from the region, was initially experienced as liberation. But after two troubled decades, the downsides of a politics of imitation had become too obvious to deny. As resentment seethed, illiberal politicians rose in popularity and, in Hungary and Poland, acceded to power.

In the first years after 1989, liberalism was generally associated with the ideals of individual opportunity, freedom to move and to travel, unpunished dissent, access to justice, and government responsiveness to public demands. By 2010 the Central and East European versions of liberalism had been indelibly tainted by two decades of rising social inequality, pervasive corruption, and the morally arbitrary redistribution of public property into the hands of a few. The economic crisis of 2008 had bred a deep distrust of business elites and the casino capitalism that, writ large, almost destroyed the world financial order. Liberalism's reputation in the region never recovered from 2008. It greatly weakened the case, pressed by a handful of Western-trained economists, for continuing to imitate American-style capitalism. Confidence that the political economy of the West was a model for the future of mankind had been linked to the belief that Western elites knew what they were doing. Suddenly it was obvious that they didn't. This is why 2008 had such a shattering ideological, not merely economic, effect both regionally and worldwide.

An additional reason why Central and East populists have got away with exaggerating the dark sides of European liberalism is that the passage of time has erased from the



Photo: Berezko / iStock

collective memory the even darker sides of European illiberalism. In addition, Central and East Europeans got their chance to imitate the

ciples and institutions. The illiberalism espoused by ruling groups in Budapest and Warsaw is incontestably convenient for incumbents who

list parties. The origins of populism are undoubtedly complex. But they partly lie in the humiliations associated with the uphill struggle to be-

Deutschland (AfD), provides a parallel example. As its name suggests, it was launched in response to Angela Merkel's offhand claim that her monetary policy was 'alternativlos' ('without alternative'). By describing the government's proposal as the only available option, she provoked an intense and implacable search for alternatives. A similar backlash, provoked by the assumed normality of post-nationalism, gave birth, in formerly communist countries, to an anti-liberal, anti-globalist, anti-migrant and anti-EU revolt, exploited and manipulated by populist demagogues who knew how to demonize 'inner enemies' to mobilize public support. □

The origins of populism partly lie in the humiliations associated with the uphill struggle to become, at best, an inferior copy of a superior model.

West just as the West was losing its global dominance and prescient observers began to doubt not only the universal applicability but also the ideal superiority of the West's political model. This was not a favourable context for continuing to pursue reform-by-imitation. Being an imitator is often a psychological drama. But it becomes a shipwreck if you realize mid-stream that the model you have started to imitate is about to capsize and sink. Fear of catching the wrong train is commonly said to haunt the collective psyche of Central Europe. Thus, political and economic instability in the West has both energized and justified the revolt against liberalism in the East.

By identifying animus against the politics of imitation as one of the taproots of Central and Eastern European illiberalism, we do not mean to deny that the leaders of illiberal parties in the region are power hungry and benefiting politically from their efforts to discredit liberal prin-

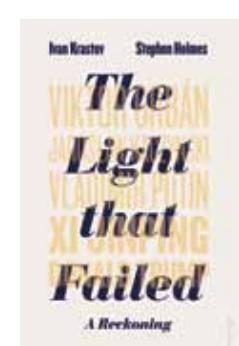
come, at best, an inferior copy of a superior model. Discontent with the 'transition to democracy' was also inflamed by visiting foreign 'evaluators' with an anaemic grasp of local realities. These experiences have combined to produce a nativist reaction in the region, a reassertion of 'authentic' national traditions allegedly suffocated by second-hand and ill-fitting Western forms. The post-national liberalism associated especially with EU enlargement has allowed aspiring populists to claim exclusive ownership of national traditions and national identity.

This was the mainspring of the anti-liberal revolt in the region. But a subsidiary factor was also involved, namely, the unargued assumption that, after 1989, there were no alternatives to liberal political and economic models. This presumption spawned a contrarian desire to prove that there were, indeed, such alternatives. Germany's populist anti-euro party, *Alternative für*

Ivan Krastev is chairman of the Centre for Liberal Strategies in Sofia and Permanent Fellow at the Institute for Human Sciences (IWM), Vienna.

Stephen Holmes is Walter E. Meyer Professor of Law at the New York University School of Law.

Ivan Krastev and Stephen Holmes
The Light that Failed: A Reckoning
Allen Lane, October 2019



Einst war ich Orbáns Verbündete

VON ZSUZSANNA SZELÉNYI

Vor 30 Jahren kämpfte Zsuzsanna Szelényi an der Seite von Viktor Orbán für ein neues, demokratisches Ungarn. Heute kann sie nicht fassen, was er aus Ungarn gemacht hat.

Ich war noch an der Universität, als ich nach den ersten freien Wahlen in Ungarn im Jahr 1990 als Mitglied der neu gegründeten, aufstrebenden Fidesz-Partei ins Parlament einzog. Die Partei war von einer Gruppe von Studierenden ins Leben gerufen worden, zu der auch ein couragierter junger Demokrat namens Viktor Orbán zählte. Wir dachten, die Hoffnungen unserer Generation zu repräsentieren. Wir hatten 22 Parlamentssitze gewonnen.

Ich komme aus einer Familie, die sehr stark mit dem Erbe der Ungarischen Revolution von 1956 verbunden ist – ich konnte der Aufbruchsstimmung somit nicht widerstehen. Im Parlament waren wir leidenschaftliche Kritiker von allem, was antiliberal war oder die Meinungsfreiheit bedrohte. Wir wollten ganz mit dem kommunistischen Einparteienstaat brechen und eine wahrhaft demokratische Gesellschaft aufbauen – etwas, das die Ungarn noch nie erfahren hatten.

Fast 30 Jahre später schmerzt es mich mit anzusehen, wie Fidesz einen hegemonialen Parteienstaat geschaffen hat, der nicht nur die Relevanz demokratischer Institutionen im eigenen Land, sondern in ganz Europa in Frage stellt. Wie konnte es bloß soweit kommen?

Fehler wurden sehr früh gemacht. Die neue Verfassung, die 1989 zwischen der Opposition und der Kommunistischen Partei ausgehandelt wurde, enthielt Mängel, die nie korrigiert wurden – wie etwa ein ausgeprägtes Mehrheitswahlsystem, das kleinere Parteien benachteiligt. Die frühen 1990er Jahre brachten drastische Ungleichheiten und damit verbundene Ressentiments mit sich. Auch Informanten aus der Sowjetzeit konnten beispielsweise Mitglieder der neuen Regierung werden.

Dann kam es zu Machtkämpfen innerhalb von Fidesz: Es wurden Vereinbarungen und Kompromisse getroffen, die den Versprechen von Transparenz und Offenheit zuwiderliefen. Nachdem wir Orbán 1993 zum Parteivorsitzenden gewählt hatten, verlor er keine Zeit, um die Kontrolle über die Parteiressourcen zu übernehmen und einen loyalen Kreis um sich zu sammeln. Bald war die Partei innerlich tief gespalten – besonders nachdem wir erfahren hatten, dass die Führungs spitze Parteideler für zahlreiche Geschäfte genutzt und über „befreundete“ Firmen verteilt hatte.

Orbáns autoritärer Stil trat ebenso schnell zutage wie seine uner-



Junge Fidesz-Abgeordnete ziehen 1991 ins ungarische Parlament ein, darunter Zsuzsanna Szelényi (Mitte) und Viktor Orbán (rechts).

Photo: András Székely

bittlichen Bemühungen, die Partei weiter rechts zu positionieren. 1994 spaltete sich der liberale Flügel von Fidesz, zu dem ich gehörte, ab und ging. Bei meinem letzten Treffen sagte ich, dass ich eine Vorgehensweise nicht gutheißen könne, bei der der Zweck jegliche Mittel heiligt.

Als Orbán mit 35 Jahren Ministerpräsident wurde, war die Popularität von Fidesz größtenteils darauf zurückzuführen, dass die Partei das langersehnte Ziel der Ungarn, der Europäischen Union beizutreten, kompetent verfolgte. Zusammen mit anderen betrachtete ich jedoch traurig von außen, wie die interne demokratische Kultur der Partei allmählich abgebaut wurde. Öffentliche Medien wurden politisch unter Druck gesetzt und die Korruption breitete sich aus. Nachdem 2004 erste EU-Gelder ins Land flossen, wurde es noch schlimmer.

Fidesz war unter Orbán immer in der Offensive, selbst bei wenig erfolgreichen Wahlen. Nachdem er 2002 die Abstimmung verloren hatte, mobilisierte er seine Anhänger mit den Worten: „Wir können nicht in der Opposition sein, weil die Nation nicht in der Opposition sein kann.“ Von nun an war die Gleichsetzung der Partei mit der Nation das Hauptaugenmerk seiner Politik. Nach der Wahlniederlage von 2006 ging er mit Fidesz als Anti-Establishment Bewegung „auf die Straße“. Bald darauf konnte er von einem Regierungsskandal und der Finanzkrise 2008 profitieren. Als Fidesz 2010 eine absol-

te Mehrheit im Parlament erlangte, strebte Orbán einen Regimewechsel an, um seinen Machterhalt zu festigen. Die Verfassung wurde ebenso umgeschrieben wie das Medien- und Wahlrecht. Gleichzeitig wurde eine loyale Oligarchie mit EU-Mitteln aufgebaut, die auch in die Firma seines 32-jährigen Schwiegersohnes flossen.

Ich bin 2014 als liberale Politikerin in Opposition zu Fidesz wieder ins Parlament eingezogen. Während dieser Zeit versuchte ich zu verstehen, warum die Ungarn nicht gegen die offensichtliche Klientelpolitik und Machtkonzentration revoltierten. Warum nimmt ein Land, das für seine Freiheit gekämpft und diese erlangt hatte, diese inakzeptable Situation hin?

Es wurde bereits viel gesagt über die Fragmentierung der Opposition und ihr Versagen, eine starke alternative Erzählung zu Orbán zu entwickeln. Aber wir sollten uns auch darüber im Klaren sein, dass die inzwischen riesige Kluft zwischen den finanziellen Mitteln von Fidesz und denen anderer Parteien sowie der ungleiche Zugang zur Medienberichterstattung viel dazu beigetragen haben, das Problem zu verschärfen. Unübersehbar ist auch, wie aus dem kollektiven historischen Trauma Katalysator geschlagen wurde: Die Erinnerung an den Trianon-Vertrag nach dem Ersten Weltkrieg, durch den Ungarn den größten Teil seines Territoriums und seiner Bevölkerung verlor, war 70 Jahre lang ein Tabu, bis sie schlagartig zurückkehrte.

Nach 1989 war der EU-Beitritt das wichtigste kollektive Identitätskonzept der sozialistisch geführten Regierungen. Dennoch ist die Frage der nationalen Identität auf gewisse Weise auf der Strecke geblieben. Orbán konnte daher behaupten, sich kämpferisch für die ungarische Souveränität einzusetzen und das Land vor zukünftigen, wenn auch imaginären, existentiellen Bedrohungen zu schützen. Diese Art von ethnischem Nationalismus steht im Mittelpunkt seiner Anti-Migrations- und Anti-EU-Kampagne.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass es ausgerechnet EU-Gelder waren (die 3,5 % des BIP ausmachen), die es Orbán ermöglichen, die Wirtschaft zu stärken, die Löhne zu erhöhen, die Gebühren für öffentliche Einrichtungen zu senken und so weiter. Die finanzielle Stabilität des Landes hat er ebenfalls auf seine Fahnen geheftet. Die Erzeugung eines künstlichen Bedrohungsszenarios gepaart mit einer paternalistischen Sozialpolitik trugen zur Schaffung einer Denkweise bei, in der der Führer allein – und nicht demokratische Institutionen etwa – das Volk in eine strahlende Zukunft führt.

Es brauchte die Migrationskrise von 2015, das Brexit-Votum und die Wahl von Donald Trump, um den selbstgefälligen europäischen Eliten klarzumachen, dass Orbán eine Bedrohung für die Integrität der westlichen demokratischen Prinzipien darstellt und in der Lage ist, sogar die EU zu lähmten. Er ist zweifellos

ein talentierter Opportunist, aber ich glaube, dass seine Stärke auch in der Schwäche der europäischen Politik und seiner Fähigkeit, sich als Trendsetter zu profilieren, liegt.

Die gute Nachricht ist, dass die Wahlen zum Europäischen Parlament im Frühjahr, bei denen die nationalistisch-populistischen Kräfte nicht den Durchbruch erzielten, klar gezeigt haben, dass Orbáns Einfluss an seine Grenzen stößt. Man braucht sich nur anzusehen, wie sehr er sich bemüht, in den Reihen der mitterechtskonservativen Europäischen Volkspartei zu bleiben, anstelle mit Fidesz ausgeschlossen zu werden. Seine Macht position wird sich jedoch noch verstärken, wenn ihm auf europäischer Ebene nicht die Stirn geboten wird. Bei all der Angst, die er in den ungarischen Köpfen gesät hat, ist die beste Antwort, welche die demokratischen Kräfte des gesamten Kontinents geben können, dass eine starke, geeinte Europäische Union der beste Weg ist, um die Stabilität und Sicherheit zu wahren, nach der sich die Menschen sehnen.

Ungarn mag ein kleines Land sein, aber die Lektionen, die seine Bevölkerung gelernt hat, sollen allen dienen. □

Dieser Text erschien in englischer Originalfassung am 26. Juni 2019 in *The Guardian*. Eine Langfassung sowie weitere Artikel der *Europe's Futures Fellows* sind nachzulesen auf: www.europesfutures.eu (siehe S. 7)

Zsuzsanna Szelényi ist Politikerin, Psychologin und ehemalige Abgeordnete des ungarischen Parlaments. Von September 2018 bis Juni 2019 war sie ein *Europe's Futures Fellow* am IWM.

Globalization's Wrong Turn and Why We Can't Have It All

BY DANI RODRIK

*In his book *The Globalization Paradox* (2011), Harvard economist Dani Rodrik formulated his famous trilemma of the world economy: democracy, national sovereignty, and global economic integration are mutually incompatible and cannot co-exist. We have to choose. If we want to maintain and deepen democracy, for instance, we have to decide between the nation state and what he calls the post-1990 model of hyperglobalization. In his IWM Lecture at the Radiokulturhaus on May 3, which opened the International Karl Polanyi Conference 2019, Rodrik argued that in order to safeguard democracy, we need to return to a "thinner" globalization model that enables states to pursue a more progressive and inclusive domestic economic policy. The following is an excerpt of his talk.*

A couple of years ago, a former finance minister from the Eurozone told me that the reason populists are winning elections in Europe today is that they are the only ones telling the truth about the trilemma of democracy, national sovereignty and global economic integration. They state clearly that there is a trade-off between the three, and that they are willing to give up the hyperglobalist node, which in the European context is European integration. Centrist political groups, whether of the center-right or the center-left, have instead preferred to maintain that you can eat your cake and have it, that you can have a healthy democracy as well as the single market and all the benefits of economic integration without having to relinquish national sovereignty. To many citizens, this argument no longer seems convincing.

In the language of economists, the rise of political populism can be described as having a demand and a supply side. The demand comes from the economic inequality, anxieties, and insecurities that are the result of hyperglobalization, the financial crisis, and the subsequent austerity policies. There is therefore a desire for change, but it is an incoherent one. What provides programmatic content to it is the supply side: political leaders, parties, or movements, who come up with narratives about who is to blame, often linked to supposedly hostile or parasitic groups of "others". Most populists' response to the trilemma thus follows the right-wing nativist agenda, coming down firmly on the side of the nation state. However, the history of US populism, going back to the 1930s and Roosevelt's New Deal, suggests that there is a progressive alternative—one that Polanyi would have preferred: a set of policies that redesign capitalism and its institutions in a way that is more inclusive.

In order to deal with the dangers to our democracies today, we need to return to a type of globalization closer to the model of the post-war Bretton Woods and GATT regimes. The latter was an explicitly incomplete model of globalization. Membership meant reducing or eliminating quantitative restrictions at the border and, in a negotiated manner, also tariffs. In terms of domestic in-



Photo: Michiel A. Sals / Stock

vestment, industrial and regulatory policies, however, countries were free to make their own decisions. Nevertheless, even under that limited model of liberalization, domestic economic and social arrangements came under threat, for example in the 1970s due to a sudden increase in trade flows, as a result of which developed countries sought to protect their social regimes against cheaper products coming in from developing

al capital flows, or tax competition. In the specific context of the current US-China conflict, this would mean the US and China implementing the economic equivalent of peaceful coexistence through which the United States and the Soviet Union managed to avoid nuclear war. The US would have to accept that it cannot fundamentally alter China's way of managing its economy and that China is entitled to its own economic sys-

a frame of mind. In addition to a different type of globalization, therefore, we also need a change in the way that governments and policy-makers run their domestic economies. Most importantly, domestic economies have to be reintegrated. One of the effects of hyperglobalization has been to produce international economic integration at the cost of domestic disintegration. Domestic societies have been driv-

management practices throughout the rest of the economy. Business elites would have to internalize a new set of responsibilities and move from an exclusive focus on globalism to a much greater emphasis on social solidarity. We do not have to give up on cosmopolitanism, but it has to become a "rooted cosmopolitanism". Political elites in turn will have to get out of the hyperglobalist mindset and engage in governance practices that prioritize domestic stakeholders over footloose companies, financial institutions, and professionals.

Such a re-ordering of the priorities between the domestic and the international will look like economic populism, but may in fact be required to forestall political populism with its danger of illiberal democracy practices. We economists will have to go against our established conventions of economic policy. Few economists back in 1931 approved of the New Deal, yet those policies have since become conventional and orthodox. In order to safeguard democracy from political populists, we will have to adopt heterodox economic policies that many will label populist. □

The rise of populism can be described as having a demand and a supply side.

countries. After the 1990s came what I call the "wrong turn" in globalization, which abandoned this model of limited trade liberalization and limited financial globalization in favor of "hyperglobalization". Its key institutional embodiment is the World Trade Organization. It reaches into a much broader set of domestic regulations than the GATT, including investment rules, intellectual property rights, subsidies, sanitary and phytosanitary regulations. It therefore provides much less room for countries to implement special protective regimes when their social contracts come under threat.

A return to a "thinner" type of globalization would require a set of rules that allows countries to design their own institutions and to have those institutions not be threatened by international competition, glob-

ally, including its system of industrial subsidies. In turn, China would have to understand that countries in the West are entitled to their own social safeguards, social standards, and labor market institutions, as well as to the integrity and security of their technological systems. China would have to accept that it cannot have unconditional and uninhibited access to Western economies under any and all conditions. While we do need much stronger global governance, this should not necessarily be in international trade or finance. Instead, we need it much more in areas of true "global Commons" problems, above all climate change.

Although I have so far focussed on globalization and its institutions, in fact many of these global rules are not imposed by such agencies. Instead, they are cognitive constraints,

en apart as the gap between those with the assets and the networks to prosper in a world market, and those without them, grew. To close this gap, we cannot rely on the old remedies of pre-production policies, such as investing in education, or post-production policies, such as redistributing wealth through taxes and social spending. Instead, we need more "productivist" policies, as I call them, that directly target how financial systems and production work, how corporations deal with their workers, suppliers, and local communities. Such policies would not be limited to industry, but encompass services as well, and create frameworks in which government agencies interact with private sector firms to expand the winners' circle and to ensure the dissemination of new technologies and good

Dani Rodrik is the Ford Foundation Professor of International Political Economy at Harvard's John F. Kennedy School of Government. His IWM Lecture in Human Sciences on May 3 was jointly organized with the International Karl Polanyi Society, Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung (ÖFSE) and Karl Polanyi Research Center of Global Social Studies.

Unheil und Hoffnung

Vienna Humanities Festival

EIN PROJEKT VON IWM, TIME TO TALK UND WIEN MUSEUM

„Unheil und Hoffnung“ – unter diesem Motto versammelte das vierte Vienna Humanities Festival 2019 vom 26. bis 29. September wieder führende Köpfe aus Wissenschaft, Kunst und Kultur zu einem mehrtägigen urbaneen Salon. Inhaltliche Schwerpunkte bildeten das Jahr 1989 und seine Folgen, wissenschaftliche Innovation und gesellschaftliche Herausforderungen der Zukunft sowie Fragen zu Radikalisierung und Religion und die Relevanz von Menschlichkeit in der aktuellen politischen Situation.

Nach dem tragischen Tod der Philosophin **Agnes Heller**, die das Festival eröffnen wollte, widmete

sich die Auftaktveranstaltung am Donnerstag, den 26. September, dem Werk und Leben der großen Denkerin. Im Rahmen der Wiener Vorlesungen im Volkstheater sprachen IWM Rektorin **Shalini Randera**, Philosoph und IWM Permanent Fellow **Ludger Hagedorn** sowie Journalist **Paul Lendvai** über Agnes Hellers letztes Werk *Paradox Europa*.

Social Networks or Social Nightmares? Die zweite große Auftaktveranstaltung am Freitag im Globe Wien in der Marx Halle (in Kooperation mit *viennacontemporary*) bestritten drei führende Vordenker und Kritiker unserer digitalen Welt: Der österreichische Jurist und Datenschutz-

aktivist **Max Schrems**, der gegen Facebook vor Gericht gezogen ist, der Publizist und Kritiker der neuen smarten Welt **Evgeny Morozov** sowie **Roger McNamee**, der nach seinen Erfahrungen als Mark Zuckerbergs Berater mit dem Buch *Zucked: Waking Up to the Facebook Catastrophe* für Schlagzeilen gesorgt hat.

Am Samstag und Sonntag verlagerte sich das Festival rund um den Karlsplatz, wo im Wien Museum, der Technischen Universität, der Evangelischen Schule sowie im Stadttheater zeitgleich Diskussionen zu politischen, historischen, technologischen und gesellschaftlichen Themen stattfanden.

Zu den prominenten RednerInnen zählten unter anderem die Historikerin **Holly Case** (siehe S. 23), der Dirigent und Musikwissenschaftler **Leon Botstein**, der ehemalige israelische Politiker und Autor **Avraham Burg**, der evangelische Alt-Bischof **Michael Bünker**, VinziRast-Gründerin **Cecily Corti**, die Undercover-Autorin **Julia Ebner**, die Expertin für Innovationsrecht **Iris Eisenberger**, der Gemeinwohl-Ökonom **Christian Felber**, der deutsch-amerikanische Militärhistoriker **Michael Geyer**, der britische Aufsteiger-Journalist **Misha Glenny**, der ungarische Aktivist und YouTuber **Márton Gulyás**, der bulgarische Politologe und IWM

Permanent Fellow **Ivan Krastev** (siehe S. 8), die Klimaforscherin **Helga Kromp-Kolb**, der Sozialwissenschaftler **Bernd Marin** (siehe S. 18), der Zukunftsforscher **Mathias Mittelregger**, die „Reporter ohne Grenzen“-Journalistin **Rubina Möhring**, der Genetiker **Josef Penninger**, der Kolumnist **Hans Rauscher**, der Ökonom **Martin Schürz**, der Schriftsteller **Ilija Trojancic**, die ehemalige Skirennläuferin **Nicola Werdenigg-Spieß**, der Journalist **Max Zirngast** sowie die MitorganisatorInnen der Donnerstag-Demos **Can Gülcü** und **Michaela Moser** und viele mehr. □

Weitere Informationen und Videos sind unter www.humanitiesfestival.at verfügbar.

Fotos: Johannes Hoch, Zolt Maton, Paul Pfleider



Democracy and Demography at a Crossroads

BY ISTVÁN ADORJÁN

In September 2019, the list of surprise nominees for the incoming European Commission included a new vice-presidential position responsible for “Democracy and Demography.” If we take this political institutionalization at the highest level as the measure of how important it has become to reflect on democracy *and* demography together today, the IWM Summer School on “Democracy and Demography” (August 17–24, 2019), attended by 29 participants from 23 countries, could not have been more prophetic. Instead of complacently taking credit for this serendipitous choice of theme, however, we should turn our attention to the analytical and theoretical imperative of connecting these two often distinctly compartmentalized concepts in a single field of critical inquiry—which was precisely the guiding principle of the summer school conveners, Shalini Randeria, Dilip Gaonkar, and Ivan Krastev.

The emergence of modern, representative democracy was coextensive with the fundamental role of the population-territory-security nexus from the long 18th century onwards in the context of both nation states and colonial empires. The genealogy of the relationship between demographic and democratic concerns was one of the key themes of the summer school discussions. The specter of Malthusian projections about exponential population growth spiraling out of control has long haunted various agendas promoting differential fertility controls, and these agendas have also been entangled with racial and gender hierarchies, or geopolitical games, with the willing participation of transnational, as well as local, elites and organizations.

Demographic imaginaries

Another focal point of the summer school was the ideological work performed by the production and circulation of demographic categories, which calls for a much more reflexive approach to the apparent facticity of sheer numbers. This also raised a number of important questions about the tacitly implied demographic visions informing the democratic process in our societies and the constitution of our polities. The instrumental role of demography in the techniques of governance has been extensively debated in various social sciences, and the multi-disciplinary background of the summer school participants fostered further critical syntheses of these perspectives. Given the tension between the self-professed hard objectivity of demography as a positivist science and



Photo: Mihailo Mijovanovic / Stock

the theory and praxis of democracy, in which deliberative pluralism and dissent play a key part, I will now turn to what I consider to be one of the most pressing questions of our time: the profound effect of demographic imaginaries on the contemporary crisis of liberal democracy. After all, if the very notion of democracy itself has recently come under attack, why should we go on pretending that demography merely provides scientific and objective analytical tools rather than ask the question of how it can be, and is, in fact, being, deployed in the service of undermining and eroding democracy? Of course, this takes us beyond the mere analysis of the ways in which the counting and classification of spatially bounded populations has historically created or reinforced divisions of class, ethnicity, gender, or race. What we also have to focus on is the formidable mobilizing effect of demographic phantasms in a political landscape increasingly dominated by the resurgence of anti-democratic forces.

Let me illustrate with an example the dangers posed by this ‘dark side’ of the demographic imagination, replete with Manichean oppositions and doomsday scenarios meant to trigger moral panic. A number of ‘nationaritarian’ (that is, nationalist and authoritarian) political leaders around the world have recently had recourse precisely to such ideologically-inflected demographic narratives in order to fan the flames of popular resentment and channel the discontent and helplessness of those domestic social groups that perceive themselves as oppressed/marginalized majorities in the ruthless uni-

verse of global capitalist competition. In many central and east European countries, plagued by low fertility and significant outmigration, the combined fear of dwindling numbers (of autochthonous locals) and demonized migrants (particularly those from other ethnic-religious backgrounds) plays a particularly prominent role in the political arena today. This rise of an ethno-nationalist ‘Internationale,’ which, it ought to be noted, is not confined to eastern Europe, has so far quite successfully combined deeply anti-democratic tendencies with the semblance of grassroots, participatory democracy. Invoking an ethnically, as well as culturally, homogeneous nation as the ultimate foundation of political legitimacy, some political leaders have even gone as far as to denounce the concept of “humanity” as a dangerous, ‘unnatural’ constructivist utopia, foisted on the world by some shady cabal of rootless cosmopolitan elites pursuing their narrow interests. Any support for migration, viewed exclusively through the lens of replacement migration (in Renaud Camus’s sense of a “great replacement”, rather than in the strictly technical sense of the term), has been identified as a top-down exercise in social engineering, intent on dissolving the putatively pure, organic community of the *ethnos/demos* in the abstract universalism of the human race.

Demographic sovereignty

In a recent review article, Adam Tooze refers to the globalizing backlash against the liberal democratic status quo as the “truculent re-

assertion of popular sovereignty.”¹ Looking at this bundle of alarming developments through the lens of the democracy-demography complex, we may well be facing another closely related threat today: that of the truculent reassertion of demographic sovereignty. By this I mean the retreat from the post-1945 moral regime of universal human rights as a normative ideal to a world where sovereigns can openly reassert exclusionary hierarchies of peoples and cultures.

Not only does the return of the repressed *völkisch* concept of the nation recast the so-called clash of civilizations in essentialist demographic terms, but it also allows for a plebeian exercise of political power, which thus brings us to the third cognate of democracy and demography: demagogery. Often (mis)characterized with the vague and misleading notion of right-wing populism, the rampant demagogical turn of the last few years in Europe and elsewhere has resulted in the increasing curtailment of democracy in the guise of maintaining the illusions of mass-democratic participation and self-determination. In the hands of unscrupulous politicians, demographic half-truths taken out of their larger politico-economic contexts can easily take the Schmittian distinction between friend and foe to its logical extreme, turning the anxieties of domestic social groups against structurally homologous foreigners or ‘aliens’. If this may still be called populism, it is most certainly of a rather peculiar kind, insofar as it is premised on the duplication and antagonistic split of precarious surplus populations, which also

proves to be a remarkable ideological sleight-of-hand concealing acute economic polarization.

The onslaught against Kantian cosmopolitan universalism may only have become unbearably obvious since the crises induced by waves of refugees in recent years, but the Hungarian philosopher G. M. Tamás already warned about the perilous “reversal of the Enlightenment tendency to assimilate citizenship to the human condition” almost two decades ago.² The foreshadowed traces of “post-fascism” that he intuitively grasped at the time have by now become the toxic doxa of the democracy-demography-demagogery triad I have just outlined: the retreat from the ethical horizon of indivisible humanity to the anachronistically re-imagined communities of blood-and-soil nationalism and its avatars. It is this looming prospect of democracy’s collapse in a new barbarism that makes the critique of the biopolitical economy of demographic manipulation timelier than ever today. □

1) Adam Tooze: “Democracy and Its Discontents”, in: *New York Review of Books*, June 6, 2019.

2) Gáspár Miklós Tamás: “On Post-Fascism”, in: *Boston Review*, June 1, 2000.

István Adorján is a PhD candidate in sociology at the University of Chicago and a former Krzysztof Michalski Junior Visiting Fellow at the IWM.

The IWM Summer School 2019
“Democracy and Demography” took place at Burg Feistritz, Austria. It was organized by the IWM in cooperation with the Centre for Transcultural Studies (CTS) and the Center for Global Culture and Communication (CGCC), with the generous support of MasterCard Foundation.

Brexit – Farce und Tragödie

VON IVAN VEJVODA



Der satirische Animationfilm „Brexicited“ von Chris Shepherd ist eine Bestandsaufnahme der Gründe für den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union.

Videostill: Chris Shepherd

Am 23. Juni 2016 stimmten die Wähler in Großbritannien mit 51,89% für den Austritt aus der Europäischen Union. Der Ausgang des Referendums stürzte das Vereinigte Königreich in eine politische Krise, für deren Charakterisierung verbale Superlative herangezogen werden: die tiefste politische Krise des Landes seit 1945, die komplexeste Krise des Landes, ein Durcheinander, ein Chaos, ein kolossaler Schritt in die falsche Richtung, ein historischer Fehler, eine Katastrophe, ein heroisches Versagen, eine Idiotie eines Ausmaßes.

Westminster, die „Mutter aller Parlamente“ und Inbegriff einer soliden und stabilen Demokratie, ver-

kam in den letzten drei Jahren zu einem peinlichen Spektakel, genauso wie die politische Klasse selbst. Diese Entwicklung macht fassungslos. Man fragt sich, wie es dazu kommen konnte, dass der Wunsch nach „Wiedererlangung der Kontrolle“ einen deutlich erkennbaren Kontrollverlust hervorrief, dessen Ausmaß Anlass bietet, von einer ernsthaften Herausforderung für die britische repräsentative Demokratie zu sprechen.

Wir können noch nicht absehen, wie diese Geschichte ausgehen wird. Es wird oft gewarnt, dass ein Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union verheerende Auswirkungen für das Königreich haben wird, ja sogar

seinen Zerfall herbeiführen könnte. Es wäre jedoch mehr als kurzsichtig, im Brexit lediglich eine Herausforderung für das Vereinigte Königreich zu erkennen. Er stellt auch die größte Herausforderung in der Geschichte der EU dar.

Wir müssen uns darüber hinaus auch fragen, was in der Europäischen Union schiefgelaufen ist, dass das Vereinigte Königreich aus der Union austreten möchte. Das sind die Verteidiger Europas Europa schuldig. Das Problem auf einen angeblichen britischen Exemptionalismus zurückzuführen, auf eine Insellmentalität und eine genuine englische Weigerung, Fremde ernst zu nehmen, wofür von Zeit zu Zeit ein hoher Preis bezahlt werden müs-

se, wie Orwell einst feststellte, wäre nicht nur kurzsichtig, sondern fatal – auch für Europa.

Daher rückt der im Rahmen des Projekts *Europe's Futures* am Institut für die Wissenschaften vom Menschen herausgegebene Sammelband *Brexit: Farce und Tragödie* nicht die tagespolitischen Geschehnisse in den Vordergrund, sondern historisch gewachsene Strukturen und Muster. Eine solche zeitliche wie räumliche Kontextualisierung lässt den Brexit weder als Panne der englischen Politik noch als Ergebnis einer englischen Besonderheit erscheinen. Vielmehr offenbart er sich als das Produkt einer komplexen Verwobenheit Englands mit der Welt. □

Ivan Vejvoda, Herausgeber

Ivan Vejvoda (Hg.)
Brexit: Farce und Tragödie
Wien: Passagen Verlag, 2019

Mit Beiträgen von **Misha Glenny**,
Timothy Garton Ash, **Pankaj Mishra**,
Kalypso Nicolaïdis (siehe Auszug S. 14),
Fintan O'Toole (siehe Auszug S. 14),
Timothy Snyder, **Tessa Szyszkowitz**,
G. M. Tamás.



Kontrolle vs. Kooperation: Das Brexit-Mantra und seine Folgen

VON KALYPSO NICOLAÏDIS

Taking back control! Die Kraft des Mantras der Brexit-Befürworter im Vorfeld des Referendums vom Juni 2016, das Großbritanniens Austritt aus der Europäischen Union in Gang setzte, lässt sich nur schwer leugnen. Diese Wendung bedeutete für unterschiedliche Leute offenbar unterschiedliche Dinge, je nachdem welche Kontrolle gemeint war (über unsere Gesetze, unser Geld, unsere Grenzen, unsere Demokratie), von wem sie zurückzuholen war (Brüssel, Berlin, London, Apple) und worauf sie sich tatsächlich bezog (Autonomie, Unabhängigkeit, Freiheit, Souveränität). Doch jeder begreift den universellen Reiz dieser Parole. Die Frage, die mit diesem zentralen Glaubenssatz der Brexit-Abstimmung aufgeworfen wird, ist so alt wie das menschliche Zusammenleben selbst: Wie nehmen unterschiedliche Individuen oder Gruppen den Zielkonflikt zwischen Kooperation und Kontrolle wahr? Die wachsende Interdependenz der Moderne hat dieses Spannungsverhältnis mehr denn je verschärft. Die Zuständigkeitsbereiche westlicher Staaten wurden erweitert, während ihre Fähigkeit abnahm, transnationale Interaktion zu kontrollieren.

Die Herausforderung eines kooperativen Unterfangens wie der



Photo: Besinina1 / iStock

EU besteht darin, die richtige Balance zwischen den verschiedenen national unterschiedlichen „richtigen Balancen“ zu finden. Dies gilt wohl für alle Arten transnationaler Zusammenarbeit. Die EU verkörpert lediglich eine extremere Form dieses Spannungsverhältnisses. Die Kooperation innerhalb der EU hat je nach Thema zu unterschiedlichen Institutionalisierungen der „richtigen Balance“ geführt. Doch wenn es wie beim Brexit zu einem „existentiellen Referendum“ kommt, nimmt jeder einzelne Wähler eine subjek-

tive grobe Gesamteinschätzung vor. Eine grundlegende Überzeugung der gängigen *Pro-Leave*-Position ist, dass eine vertiefte Zusammenarbeit seit der ursprünglichen Entscheidung, sich dem „gemeinsamen Markt“ anzuschließen, stets der für dauerhafte Handelsbeziehungen „zu zahlende Preis“ war; nicht ein Ziel an sich, wie möglicherweise für andere Mitgliedstaaten auf dem Kontinent. Der Brexit wäre damit die offenkundige und unausweichliche Folge des Umstands, dass der geforderte Preis immer weiter steigt: Ir-

gendwann ist ein Preis erreicht, den die Briten nicht mehr zahlen wollen. Die wachsenden Kosten in Sachen „souveräne Kontrolle“ überwiegen schlicht die Vorteile der Kooperation. Ist das der Schlüssel zu einem Verständnis des Brexits?

Der Aspekt, der hier im Zentrum steht, nämlich die Frage der „Kontrolle“, ist nur eine Einstiegsmöglichkeit in dieses riesige Themenfeld. Ich halte ihn freilich für entscheidend, wenn wir uns nicht nur um den Brexit als solchen, sondern auch um die Zukunft Europas nach dem Brexit

Gedanken machen wollen. Dann müssen wir fragen: Ist der Brexit in erster Linie dem britischen Exzessionalismus geschuldet und damit ein Problem Großbritanniens? Oder ist er Ausdruck eines tieferliegenden Unbehagens in Sachen „Kontrolle“ überall in Europa, ein Echo des französischen „Non“ und des niederländischen „Nee“ zum EU-Verfassungsvertrag von vor zehn Jahren? Selbst wenn wir der Meinung sein sollten, dass die britische Öffentlichkeit einen Sonderfall in der EU darstellt, müssten wir dann nicht trotzdem fragen, ob das EU-System tendenziell dazu neigt, Unterschieden und sogar „Ausnahmen“ Rechnung zu tragen oder sie nicht vielmehr zu beseitigen? □

Auszug aus dem Beitrag „Das politische Mantra: Brexit, Kontrolle und Transformation der europäischen Ordnung“, übersetzt von Andreas Wirthensohn. Englische Originalfassung: *The Political Mantra: Brexit, Control, and the Transformation of the European Order*, in: Federico Fabbri (Hg.): *The Law & Politics of Brexit*, Oxford 2017.

Kalypso Nicolaïdis ist Professorin für Internationale Beziehungen sowie Direktorin des Centre for International Studies und des Department of Politics and International Relations der Universität Oxford. Ihr jüngstes Buch ist *Exodus, Reckoning, Sacrifice: Three Meanings of Brexit*, London 2019.

Irland und die Englische Frage

VON FINTAN O’TOOLE

Die große Schwierigkeit des Brexits und Irlands besteht nicht nur darin, dass die Grenze selbst mit ihren 208 offiziellen und unendlich vielen inoffiziellen Grenzübergängen ein Erbe einer verschlungenen Geschichte ist. Es geht um etwas noch Tiefgründigeres: zwei miteinander unvereinbare Wege, der Geschichte zu entkommen. Wir alle wollen irgendwie der Geschichte entfliehen, uns eine Zukunft vorstellen, die nicht eingeschränkt wird von den angesammelten Unsicherheiten, die wir von der Vergangenheit geerbt haben.

Das tieferliegende Problem besteht nicht nur darin, dass Irland, und insbesondere die irische Grenze, die große Speiche im Brexit-Rad ist. Es gibt eine andere Art von Grenze, eine Linie, die eine Denkweise über die Entwicklung der Geschichte von einer anderen, sehr verschiedenartigen trennt. In Irland haben wir versucht, vom Epos zum Gewöhnlichen zu erwachen, vom herrlich Einfachen zum fließenden Komplexen, vom endgültigen Moment des nationalen Schicksals in die Offenheit und Kontingenz der tatsächlichen Existenz mit all ihren Unsicherheiten und Widersprüchen. Im England des Brexits hingegen läuft dieser Prozess umgekehrt ab. Die vorgestellte Bewegung verläuft vom

Gewöhnlichen zum Epos, vom Komplexen zum herrlich Einfachen, von der Offenheit und Kontingenz des realen Lebens in einer Gesellschaft mit multiplen Identitäten zu einem endgültigen Moment des Schicksals: der 23. Juni 2016 als Unabhängigkeitstag, als heiliger Schicksalstag, ab dem eine neue Geschichte beginnt; ein Tag, den man nicht überdenken und zu dem man nicht zurückkehren kann.

Das ist, was aufkommende Nationalismen tun. Da die jüngste Geschichte immer voller Kompromisse, Komplexitäten und Widersprüche war, suchen sie sich eine Version der Vergangenheit aus, die nicht Geschichte, sondern Mythos ist. Der irische Nationalismus hat dies weit über ein Jahrhundert lang getan: Dem Juni 2016 des englischen Nationalismus entspricht das Ostern 1916 des irischen Nationalismus. Aber das Leid hat den irischen Nationalismus gezwungen, aus dem Land der Mythen in jenes der Kompromisse, Komplexitäten und Widersprüche zurückzukehren. Die Frage an England lautet: Wie viel Leid wollt ihr ertragen, bevor ihr euch auf die gleiche Reise begeben, von der Verfolgung epischer Träume zur Versöhnung mit komplexen Realitäten?

In Anlehnung an T. S. Eliot lautet das Versprechen des Brexits „Ge-

schichte ist jetzt und England.“ Das ist eine Verheißung der Zeit und des Ortes: Der 23. Juni 2016 ist ein strahlender Moment in der Zeit und durch ihn wird England wieder zu einem strahlenden Ort. Aber diese Verheißungen erweisen sich, wie alle anderen, die dem Brexit zugrunde liegen, als falsch. Der Augenblick des Referendums hat keine klare Bedeutung – er ging fast sofort in Streitigkeiten und Verwirrung verloren. Aber auch „England“ hat keine. Es tritt als ein geteiltes Geblüte in Erscheinung, bitter gespalten, nicht nur zwischen Leavers und Remainers, sondern auch zwischen dem England der großen multikulturellen Städte einerseits und dem England der Dörfer und Kleinstädte andererseits. Vielleicht ist das bei nationalen Revolutionen immer so. Sie gründen auf der heiligen Einheit des „Volkes“, neigen aber (wie in Irland) dazu, sich in Bürgerkriege zu verwandeln.

Und so muss der Brexit zwangsläufig seinen eigenen geschichtlichen Zustand verlassen und in eine mythische Zeit eintauchen. Die Flucht aus der eigentlichen Geschichte – der Geschichte der anglo-irischen Beziehungen, des Nordirlandkonfliktes und der letzten 45 Jahre britischer EU-Mitgliedschaft – besteht darin, sich England als eine unterdrückte

Nation vorzustellen, die jetzt einen antikolonialen Akt der nationalen Befreiung vollzieht. In der Blütezeit des Empire pflegten die Briten den Kult des heroischen Scheiterns, der in vielerlei Hinsicht die ultimative Form kolonialer Aneignung war. Großbritannien bemächtigte sich nicht nur der Ressourcen der eroberten Völker, sondern auch deren Leiden und Durchhaltevermögen. In Form des Brexits muss es diesen Kult an die Spitze treiben, um die größte Kolonialmacht der modernen Geschichte als Kolonie zu imaginieren. Das ist auf eine eigene Art und Weise ziemlich verwegen – England träumt sich in die Rolle, die es anderen so triumphierend auferlegte. Es handelt sich um eine dramatische Bypass-Operation. In Wirklichkeit wurde Großbritannien von einer imperialen Macht zu einem ziemlich gewöhnlichen, aber grundsätzlich privilegierten westeuropäischen Land. Doch mit dem Gespenst, das der Brexit heraufbeschwor, wurde es in einem fließenden Übergang vom Kolonialen zum Kolonisierten. Die Geschichte der letzten 45 Jahre der EU-Mitgliedschaft wird als Albtraum vor gestellt, aus dem man nicht so sehr erwachen muss, sondern der eher transformiert wird in eine masochistische Phantasie von einer un-

erträglichen Unterdrückung, von der man sich jetzt befreit.

Das ist grundlegend imperial. In der imperialen Vorstellung gibt es nur zwei Zustände: dominant und unterwürfig, kolonisierend und kolonisiert. Dieser Dualismus bleibt bestehen. Wenn England keine imperiale Macht ist, muss es das einzige sein, was es dann noch sein kann: eine Kolonie – genau wie Irland früher. Die Vorstellung, dass ein besiegtes und im Wesentlichen erobertes Großbritannien in einer nationalen Wiedergeburt wiederaufstehen muss, führt naturgemäß zu einem bizarren Phantasma von Großbritannien als Irland. □

Auszug aus dem Beitrag „Irland und die Englische Frage“, übersetzt von Evangelos Karagiannis. Englische Originalfassung: *Ireland and the English Question*, in: Stuart Ward und Astrid Rasch (Hg.): *Embers of Empire in Brexit Britain*, London 2019.

Fintan O’Toole ist Kolumnist, Literaturkritiker und Autor zahlreicher Bücher. Er schreibt regelmäßig für *The Irish Times* und *The New York Review of Books*. Sein jüngstes Buch *Heroic Failure: Brexit and the Politics of Pain* erschien im Jahr 2018.

Urbaner Protest: Revolte in der neoliberalen Stadt

VON AYŞE ÇAĞLAR

Sein 2009 sind wir Zeugen einer Welle von urbanen Protesten in unterschiedlichen Teilen der Welt. Städte in Spanien und Griechenland, aber auch in Ägypten, der Türkei, Brasilien, Venezuela, Argentinien und Israel haben Aufstände und Besetzungen öffentlicher Räume erlebt. Dabei demonstrierten Menschen mit sehr unterschiedlichem Klassenhintergrund und differierenden politischen Überzeugungen gegen die Auswirkungen der Finanzkrise von 2008, gegen die Austeritätsmaßnahmen in ihrem Gefolge sowie die Unterminierung von Rechten durch zunehmend autoritäre Regierungen. Sie protestierten gegen die massive Verschärfung von Ungleichheiten, ein schuldenfinanziertes Wirtschaftswachstum, steigende Lebensmittelpreise, hohe Bildungskosten, die Einhegung von Gemeingütern (*enclosure of the commons*) sowie gegen Privatisierungen. Diese „urbanen Unruhen“ und „Aufstände“ erzeugten den Eindruck einer weitverbreiteten „Rebellion“, die gegen die Auswirkungen neoliberaler Politik aufgelehnt.



Photo: iStock / Stock

Gleichzeitig und besonders nach der sogenannten „Flüchtlingskrise“ von 2015 wurden viele Städte in Europa und den Vereinigten Staaten zu Schauplätzen von Mobilisierungen, bei denen Flüchtlinge und *Sans Papiers* eine zentrale Rolle spielten: ob im Kontext der Willkommensinitiativen oder von rechtsgerichteten

Protesten gegen die Anwesenheit von Flüchtlingen. Lassen wir letztere beiseite, so kamen heterogene Gruppen von Menschen mit unterschiedlichem rechtlichen Status zusammen, um gegen Rassismus, Xenophobie und Exklusionspraktiken zu demonstrieren und ihr Recht auf die Stadt über nationale Zugehörig-

keit und sozialen Status hinaus gelten zu machen.

Die Beiträge des Sammelbandes *Urbaner Protest: Revolte in der neoliberalen Stadt* zeigen, dass die Stadt heute den herausragendsten Kontext und Text für die Entwicklung einer aufständischen Politik bildet. Die Autorinnen und Autoren un-

tersuchen Städte und globale Straßen als zentrale Orte des Kampfes, an denen neue Formen des Sozialen und des Politischen geschmiedet und Macht, Machtlosigkeit und Ermächtigung neu konfiguriert werden. Sie zeigen auf, wie urbane Proteste zentraler Bestandteil des politischen Terrains gegenwärtiger Politik geworden sind. □

Ayşe Çağlar, Herausgeberin und IWM Permanent Fellow

Ayşe Çağlar (Hg.)
Urbaner Protest: Revolte in der neoliberalen Stadt
Wien: Passagen Verlag, 2019

Mit Beiträgen von Arjun Appadurai, David Harvey, James Holston (siehe Auszug unten), Margit Mayer, Susanna Narotzky, Saskia Sassen.



Metropolitane Rebellionen und die Stadt als Gemeingut

VON JAMES HOLSTON

Jacques Rancière und Mark Twain in kombinierend möchte ich in vorliegendem Essay die These aufstellen, dass die Rede vom „Verschwinden der Politik“ reichlich übertrieben war. Manch aktueller Sozialtheoretiker behauptet, dass unser Zeitalter spezifisch „postpolitisch“ ist, da die neoliberalen kapitalistische Welt einen Konsens über ihre Unausweichlichkeit herstellt. Historisch betrachtet trifft es gewiss zu, dass Strategien des Konsenses, der Entpolitisierung und der Naturalisierung die meisten, wenn nicht sämtliche Machtstrukturen hartnäckig prägen, und sich daher unsere Zeit nicht grundlegend von anderen unterscheidet. Wie Ethnographen und Historiker zu zeigen versuchen, haben solche Strategien jedoch nie vollkommene Hegemonien zur Folge. Manche Menschen bleiben unweigerlich außerhalb des Konsenses und oft, wenn auch nicht immer, rebellieren diese Ausgeschlossenen gegen ihre Ausschließung oder – in selteneren, aber signifikanteren Fällen – gegen den Konsens selbst.

Viel deutet darauf hin, dass wir in einer Zeit außergewöhnlicher, insbesondere urbaner Rebellionen leben, in der die Stadt einmal mehr

zum herausragendsten Ort einer dramatischen Ausweitung des politischen Lebens wird. Der Bereich des Politischen, auf den ich mich beziehe, ist die Stadt selbst, insbesondere Aktivitäten des *City-making* ihrer Bewohner, mit denen sie durch ihr Leben und Arbeiten die Stadt als soziales Kollektiv und materielles Produkt hervorbringen: als ein Gemeingut (*commons*). Das ist nicht der einzige Bereich des Politischen oder des Gemeinschafts (*commoning*), doch ist das gemeinsame Erzeugen der Stadt heute insofern der größte und bedeutendste, als er weltweit hunderte Millionen von Stadtbewohnern einbezieht. In diesem Prozess werden sich die Bewohner oft ihrer Rechte und Pflichten in Bezug auf das von ihnen Geschaffene bewusst sowie de facto, wenn nicht *de jure*, auch der politischen Organisation der urbanen Bürgerschaft (*urban citizenship*), die aus ihrem gemeinsamen Handeln entsteht.

Der Beginn des 21. Jahrhunderts war geprägt von einer bemerkenswerten Reihe metropolitärer Rebellionen. In Buenos Aires behinderten in den späten 1990er und frühen 2000er Jahren Piqueteros

den Verkehr und demonstrierten so angesichts einer überwältigenden ökonomischen Ausschließung neue soziale und politische Organisationsformen. Im Jahr 2000 blockierten rebellierende Bolivianer in Cochabamba bei ihrem Kampf ums Wasser die Stadtautobahnen, 2003 geschah dasselbe in El Alto im Zusammenhang mit der Gasversorgung. 2005 erhoben sich in den Pariser *banlieues* Jugendliche, die Autos in Brand steckten und sich der Polizei widersetzen. Protestierende gegen die Enteignungen des Kapitalismus besetzten überall die Arterien und Lungen der Städte, beginnend 2009 in Athen und Reykjavík, was sich in den Jahren 2010–2011 auf Tunis, Kairo, New York, Madrid und Oakland ausweitete, 2012 in Santiago de Chile und Phnom Penh zu eruptiven Ausbrüchen führte, bis sie schließlich über Istanbul und São Paulo 2013 sowie Caracas und Hongkong 2014 Anfang 2016 erneut Paris erreichten, wo die *Nuit Debout*-Bewegung entstand. Innerhalb von zirka zwei Jahrzehnten wurden unzählige weitere Städte weltweit von den Protesten erfasst.

Diese Aufstände prägten den Beginn des Jahrhunderts mit unver-

wechselbaren Aktionsformen, die einige Charakteristika teilen. Sie trafen die Stadt selbst – nicht wie in früheren Jahrhunderten eine Fabrik oder ein Regierungsgebäude, sondern die Räume des städtischen Verkehrs und der Versammlung, die mithilfe neuer Formen des Aufrufs besetzt und blockiert wurden. Häufig forderten die Protestierenden, dass der Staat bereits existierende Rechte erweitert. In vielen anderen Fällen aber wurde der Staat nicht aufgefordert, sein Verhalten zu ändern und seine Reichweite mit Mitteln der repräsentativen Demokratie zu vergrößern. Manche lehnten eine delegative Politik vielmehr ab und bestürmten den Staat mit alternativen Quellen und Konzeptionen von Rechten, welche aus ihrer Produktion des städtischen Lebens und ihren eigenen Prozessen des Versammelns und Beratens entsprangen. Sie forderten daher nicht die Inklusion in einen bereits legitimierten Herrschaftskonsens, sondern vielmehr die Anerkennung der Legitimität und Unausweichlichkeit von Rechten, die auf den eigenen Lebenschämpfen im Zuge des Erzeugens der Stadt beruhen und durch alternative Formen der politischen Versammlung geprägt sind. Solche

Forderungen wurden auch in anderen Epochen erhoben. Doch im beginnenden 21. Jahrhundert postulieren sie neue *Quellen, Maßstäbe und Subjekte* dessen, was als politisch legitimiert gilt – zum Beispiel die Fülle an Erfahrungen arbeitsloser Jugendlicher, alleinerziehender Mütter oder im Bereich urbaner Mobilität –, und rücken diese Legitimität nicht nur in den Fokus der Entwicklung neuer Gesetze, Planungen und Politiken, sondern formulieren sie als Kernaufgabe der Politik. □

Auszug aus dem Beitrag „Metropolitane Rebellionen und die Stadt als Gemeingut“, übersetzt von Markus Sedlaczek. Englische Originalfassung: *Metropolitan rebellions and the politics of commoning*, in: Anthropological Theory 19, Band 1, 2019.

James Holston ist Professor für Anthropologie an der University of California, Berkeley. Zu seinen Werken gehören u.a. *Cities and citizenship* (1999) und *Insurgent Citizenship: Disjunctions of Democracy and Modernity in Brazil* (2008).

The Easter Attacks in Sri Lanka: Gendering the Aftermath

BY NELOUFER DE MEL

On 21 April 2019, Easter Sunday, a series of synchronized suicide bombings took place in Sri Lanka which shocked the island and the international community. In her research, Neloufer de Mel examined how the attacks led to a particularly gendered backlash against Sri Lankan Muslims. It shows how at times of crisis, women and their bodies become sites of ethnic reinforcement and destabilization, and an early line of control by a state reconsolidating after a setback.

The attacks by the National Thowheed Jamaat (NTJ), a little known local Islamic group, resulted in 259 deaths, injuries to approximately 500, destruction of three churches and three premier hotels in the city. While the NTJ drew inspiration from ISIS, the extent of its direct links to the latter remains inconclusive as yet. What became clear, however, were glaring inadequacies in the Sri Lankan state security sector, prosecutorial agencies and political leadership that failed to assess intelligence information sufficiently and share it in a manner that may have prevented the attacks.

The anger that followed led to an ugly backlash against minority Sri Lankan Muslims (9.2% of the population). This did not occur in a vacuum. Islamophobia, and attritional violence (often led by militant Buddhist monks) against minority religions in which evangelist churches and mosques were threatened or torched, economic boycotts of Muslim shops, and a state that routinely failed to enact the law against anti-minority hate speech and violence played their part. So did gender.

Regulating women

How women's bodies were regulated by the state and instrumentalized against a Muslim gynecologist soon after the Easter attacks occurred is a case in point. While these maneuvers seemingly carried authority (whether of the state, the law, or the mob) in reality they reflected a deep crisis emanating from Sri Lanka's failure to uphold ethnic diversity and equality as core values.

The first such "event" was regulating women's dress. On April 29, barely a week after the attacks and a month before even the NTJ (the organization directly responsible for the attacks) was proscribed, the government issued an amendment to the Emergency Rule it had promulgated immediately after the bombings. Under this amendment (S. 32 A), "any garment, clothing or other material concealing the full face in any public place" was prohibited.¹ Perceived widely as a "burqa ban" because other face coverings embodying modesty and piety such as face veils worn by Catholic women at mass were not been barred in practice, the law overtly targeted Muslim women.



Photo: Eranga Jayawardena / AP / picturedesk.com

Even though neither burqa nor niqab figured in the attacks, once they were defined as threats to national security and women who wore them considered as weaponized, it did not take long for the non-Muslim Sri Lankan public to appropriate, enforce and expand the law. Muslim women who wore the abaya, a garment *not* prohibited by law, were soon barred from public buildings and harassed because the headscarf and loose garment around their

lar did not affect the men as those in public service dress more uniformly, and its stipulation of shirt and trouser or national dress (a loose Chinese collar tunic and sarong) merely reinforced what is already worn. Its intent therefore was to control the diversity of ethnic and cultural expression as embodied in/through Sri Lankan women's dress. The circular was met with resistance and satire particularly in the English language social media. The Human

ethnic conflict. How women's wombs were weaponized in the backlash to the Easter attacks is a case in point. It unfolded when, on May 23, a month after the attacks, an unverified newspaper article alleged that Dr. Shafi, a gynecologist at Kurunegala hospital² performed forced sterilizations on Sinhala women by tying up their fallopian tubes during cesarean deliveries.

Dr. Shafi's involvement in national politics, alliance with a controversial

records. It also noted irregularities in Dr. Shafi's detention procedure, and absence in the court records of key witness accounts useful to the defense. Despite all this, the Magistrate ordered that Dr. Shafi continue in custody until July 25. Judicial bias and the failure of law enforcement to safeguard the rights of the suspect were clearly evident. Also evident was how anti-Muslim sentiment whipped up in the aftermath of the attacks by a coalition of Buddhist monks, politicians, their supporters, and mainstream and social media operated as a potent force to take down a relatively powerful medical professional.³

Women actively participated in this onslaught. The CID reported that 615 complaints of forced sterilization had been received (147 written submissions and 468 recorded)—numbers soon amplified in the media. However, only seven of the women complainants had reported for further questioning by a team of medical consultants appointed by the Ministry of Health to inquire into the case; and of them, only three were deemed eligible for a further Hysterosalpingogram (HSG) test. No recent example exists, moreover, of Buddhist monks making such authoritative statements on wombs, fallopian tubes, tubal ligations and birthing in the full glare of the media and public. Where earlier the maternal was constructed metaphorically in Buddhist and ethno-nationalist discourse, here the references were no longer figurative. Rather, they were crude formulations on how Sinhala women (and by extension the Sinhala race) were victims of genocidal intent by Muslims. Within heteronormativity, such acts of speech also foreclosed women's options regarding their reproductive capacity. The narrative placed women center-stage, yet the actual story was never about them but a nation building project in which Muslims are being constructed as dangerous outliers. □

1) In doing so, Sri Lanka joined 14 other countries to date including 6 in the EU which prohibit face covering in public.

2) A large, predominantly Sinhala Buddhist city in the north western province.

3) Given the anomalies, Dr. Shafi was finally granted bail on July 25 albeit with significant sureties. He was smuggled out of Kurunegala that same evening and his current whereabouts are unknown.

How women's wombs were weaponized in the backlash to the Easter attacks is a case in point.

bodies denoted "danger". The protest against the abaya led to a knee jerk response by the state which took the form of a circular issued by the Secretary, Department of Public Administration stipulating a dress code for *all* women public officers under the guise of national security. Ordering them to wear the sari or *osariya* (Kandyan style sari) to work, it took away women's choice—of wearing sari or *osariya*, or salwar kameez (favored by Muslim and Tamil women), frock worn by women of Burgher (mixed European) ancestry, or pantsuits. The circular permitted a headscarf, conceding in clause (3.IV) that clothing reflecting religious customs could be worn as long as it did not prevent clear identification. But it continued to enforce the sari as default.

While official circulars have lesser value than the law, they are not entirely extra judicial and therefore carry authority. The dress code circu-

Rights Commission also weighed in, reporting that it had received complaints from several Muslim women of harassment and obstruction when entering public buildings, and warned that preventing access where people were not flouting Emergency regulations contravened Article 12 (Right to Equality) and 14 (1) (h) (freedom of mobility) of the Constitution. In the face of these protests, the government rescinded the circular. While cultural diversity temporarily won the day, the fiasco was nonetheless indicative of how national security makes racism and sexism inseparable.

Weaponizing wombs

Feminist scholars have long pointed to how the maternal body becomes a central, actual and symbolic site of contest over the propagation of families, communities, nations and a putative cultural purity at times of

Muslim politician, business interests (as a landlord and partner of a medical diagnostic clinic in Kurunegala) and "wealth" were flashpoints for competing medical doctors and the police. He thereby became the target of repeated interrogations by security personnel, at times with sniffer dogs in attendance, on the day of the attacks itself, and thereafter on April 30 and May 6. On May 24, following a second cordon and search operation at his house, Dr. Shafi was arrested on charges of forced sterilization and suspicious accumulation of assets. He was refused bail and detained on Magistrate's orders for three months.

The falsity of the allegations became clear when on July 1, the Criminal Investigation Department (CID) requested a revocation of Dr. Shafi's detention as it had found no evidence of his links to terrorism. On July 11, it further testified that reports of the forced sterilizations had been based on faulty and contradictory hospital

Neloufer de Mel is Senior Professor and Chair of the Department of English at the University of Colombo, Sri Lanka. In September 2018, she was a Guest at the IWM.

The Compatriots: Russia's Policy Towards Its Diaspora

BY ANDREI SOLDATOV AND IRINA BOROGAN

*In their latest book *The Compatriots* Russian investigative journalists Andrei Soldatov and Irina Borogan examine the shifting role of Russian expatriates throughout history, and their complicated, unbreakable relationship with the mother country. The following excerpt shows how Putin changed the game, announcing that it was high time for Russian compatriots to advance Russia's positions beyond its borders.*

Russia's diaspora is the third largest in the world, exceeded only by those from India and Mexico (China is fourth), according to UN statistics. That didn't start recently. Russians began leaving the country in large numbers in the late 19th century, fleeing pogroms, tsarist secret police persecution, the Russian Revolution, then Stalin and the KGB. This exodus created a rare opportunity for the Kremlin. Moscow's masters and spymasters scored their biggest successes—recruiting among the Western establishment, stealing the secrets of the American atomic bomb—through networks of spies, many of whom were emigrants driven from Russia. During the 1930s and 1940s, dozens of spies were in New York City gathering information for Moscow.

The history of Russian espionage is soaked in blood, as Russian agents proved themselves ruthless and efficient at killing their fellow emigrants abroad. The Kremlin had learned well that to ensure political stability, it was not enough to have people inside the country under control; the émigré communities had to be brutally policed too. After all, the mighty Russian empire had been taken down by a bunch of emigrant revolutionaries who, at the end of the World War I, had seized the opportunity to return to the country. Their descendants in the Kremlin had good memories, which they put to good use.

Did that story end with the collapse of the Soviet Union? No.

Mikhail Gorbachev opened the borders, and in the 1990s, Russians started to leave the country in much bigger numbers. Emigration remained a golden opportunity for the Russian spymasters but also a challenge. Post-Soviet Russia lived without politically motivated emigrations for only ten years. When Putin came to power, he immediately returned to the practice of forcing his enemies out of the country.

A fresh start

On October 12, 2001, men in the dark suits of the President Protection Service blocked every conceivable entrance to the Hall of Columns in the House of the Unions in Moscow.

The blue and white classical building, just a stone's throw from the Bolshoi Theater, had once been a ballroom venue for the Assembly of Nobility. After the revolution, the



Photo: Mladen Antonov / AFP PHOTO

hall hosted important state events, including party congresses and funeral services. It was in this hall that Lenin, Stalin, and Brezhnev lay in state before being taken to their final resting places in the Kremlin necropolis.¹ This evening, however, the Hall of Columns was hosting the First World Congress of Compatriots—an updated version of the previous congresses organized by Tolstoy in the early 1990s. This time, however, Vladimir Putin was in charge. The new Russian president had not approved of Tolstoy's congresses of 1991–1993, and now, as the title of the event indicated, he wanted to start fresh. Mikhail Tolstoy was not even invited.

The massive chandeliers sparkled brightly, illuminating the twenty-eight gilded columns that gave the hall its name as well as numerous red-velvet curtains and chairs. It was a far cry from Tchaikovsky Hall, a plain space nearby that had long served as a haven for the impoverished Moscow intelligentsia and fans of classic music, where Tolstoy's congress had been held.

As the ceremonies commenced, Putin took his seat onstage at a long table under the new emblem of the congress. The emblem for Yeltsin's congress had been made up of three curved lines—the white, blue, and red of the Russian tricolor—with a curve to symbolize the Soviet era's distortion of the smooth course of Russian history. Putin's congress adopted a new image. The emblem was a globe with the map of Russia marked in black—a symbol of the

president's international ambitions.

Putin took the pulpit. In the audience, delegates from forty-seven countries hushed. From his very first words, it was clear that Putin saw the huge Russian diaspora as something the Russian state could use to advance its interests. "A strong diaspora can only exist if there is a strong state," he proclaimed, noting that the Russian-speaking community, including Russian citizens, was the fifth largest in the world. His message contrasted sharply with that of Yeltsin and Tolstoy. Yeltsin had wanted to correct the historical injustice that had forced millions of Russians out of the country with no hope of ever returning. Putin, on the other hand, saw this diaspora as a valuable asset for the Russian state. This speech also marked the first time Putin invoked the term *Russky Mir* (Russian world)—the worldwide community of Russian-speaking people with an identity firmly connected to Russia's history, culture, and language—which would, in time, become a Russian foreign policy concept.

Russky Mir

Unlike Yeltsin, Putin was not interested in asking Russians abroad for help building a democratic Russia. Rather, he wanted to send a message to the Russians abroad that Russia had once again become a strong state—and that it was high time for her compatriots to advance Russia's positions beyond its borders. It was no accident that Putin, a former state security officer, chose the

word "compatriot" for his address. The term directly evoked KGB terminology. Tolstoy had used the term just a decade earlier in an attempt to bypass KGB interference, but Putin's use of it represented a 180-degree change from Tolstoy's approach.

Putin also talked about the need to create a coordinating body to oversee the diaspora. Soon after, the Kremlin launched not one but several government-funded organizations to do just that. These organizations ranged from civic engagement groups to dozens of media outlets, including journals and websites.

Putin didn't stop there. Within

a few years, the Kremlin launched a federal agency under the Foreign Ministry to monitor the diaspora, commonly called the *Rossotrudnichestvo*.² This agency in turn became an umbrella body for a collection of foundations that supported compatriots abroad and provided funding for Russian-speaking media. These generously funded groups joined the Russian culture centers—traditionally, a disguise for intelligence operations—in operating all over the world.

Using culture as a guise for intelligence was a time-honored tradition. The KGB's 1968 manual, "The Use of the Soviet Culture Committee for Cultural Ties with Compatriots Abroad in Intelligence Activity," put it this way: "The main operational task for our intelligence to conduct through the Soviet Committee is to use the official work, propaganda and other means of influencing compatriots to prepare the grounds

for the deployment of recruitment and other intelligence and counter-intelligence measures using emigration as an operational base."

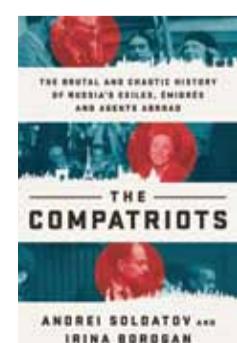
In October 2001, Putin's message resonated at the congress, and the majority of the delegates were fully supportive of the Russian president. But that was not enough for Putin. He expected something different from the congress in the Hall of Columns—a big idea that could help engage the emigrants in the Kremlin's project of expanding its influence abroad. He also needed someone to implement and execute the idea, somebody from the other side—an émigré, not a Russian government official. Putin didn't see such a person among the participants of the congress. When the congress was over, he fired the minister who had been in charge of putting the event together.

In Putin's eyes, what was at stake was nothing less than the security of his regime. Only ten years had passed since the collapse of the Soviet Union, which had come as a complete surprise to the KGB. Only three years had passed since the major—and equally unforeseen—economic crisis that had shattered Yeltsin's government. The KGB always looked on emigrants with suspicion, as a hotbed of subversives ready to challenge the authority of the Kremlin if something ever went wrong. Putin wanted to "prepare the grounds for the deployment of recruitment," as the KGB's textbook put it. □

1) Lenin's body was displayed here for five days before being brought to the wooden mausoleum on the Red Square, where a frozen Zarubin would guard it.

2) The full name is the Federal Agency for the Commonwealth of Independent States, Compatriots Living Abroad and International Humanitarian Cooperation.

Andrei Soldatov and Irina Borogan are Russian journalists, co-founders of *agentura.ru* and former fellows of IWM's Eurasia in Global Dialogue program. Their latest publication *The Compatriots: The Brutal and Chaotic History of Russia's Exiles, Émigrés, and Agents Abroad* was published in October 2019.



Zur Relativität des Alter(n)s und demografischen Wandels

VON BERND MARIN

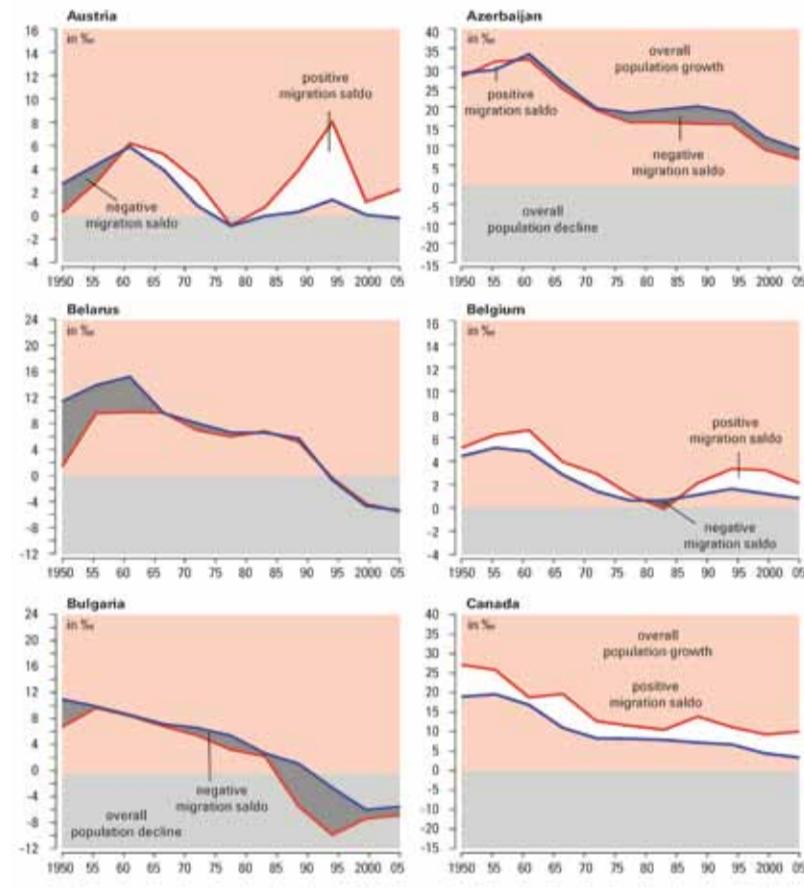
Langlebigkeit – der seit rund 200 Jahren ununterbrochene, in der Menschheitsgeschichte noch nie dagewesene stete Zugewinn an Lebenserwartung – gehört zu den erfreulichsten Errungenschaften der Moderne. Der Sozialwissenschaftler Bernd Marin fragt, wie es sein kann, dass wir zwar individuell älter aber kollektiv jünger werden und wie aus einem armen Auswanderungs- ein reiches Einwanderungsland wurde.

Langlebigkeit und Alterung hängen zwar zusammen, unterscheiden sich aber: Wiener werden wie Österreicher immer älter, doch während Österreich altert, verjüngt sich Wien seit Jahrzehnten – durch Zuwanderung, die das mittlere Alter sinken lässt. Langlebigkeitsgewinner können jung sein wie China, die Türkei und Albanien oder alt wie Japan, Frankreich, Spanien und Schweden. Doch geburten schwache Langlebigkeitsgesellschaften wie Österreich und Italien altern viel rascher als geburtenstarke wie Israel/Palästina.

Der Demograph Sergei Scherbov und der Ökonom Warren Sanderson haben rund um das Konzept des „prospektiven Alters“ bahnbrechend neue Altersdefinitionen und -Maße entwickelt. Ihr dynamisches Konzept berücksichtigt – im Gegensatz zu den irreführenden herkömmlichen chronologischen Altersmaßen – die Faktoren Gesundheit, Sterblichkeit, Überlebenswahrscheinlichkeiten, kognitive und Arbeitsfähigkeit sowie Lebenslaufmuster. Länder wie Frankreich, England und Österreich „altern“ seit Jahrhunderten, wenn man das traditionell am Bevölkerungsanteil der über 65-Jährigen misst. Versteht man unter „alt“ jedoch jene Personen, die nur noch 15 Jahre oder weniger zu leben haben, so verjüngt sich EU-Länder seit vielen Jahrzehnten.

Die Relativitätstheorie von Alter und Altern ist eine wissenschaftliche Revolution, die bisher weder alle Ökonomen, noch die Politik erreicht hat. Dabei ist die Intuition dahinter ganz einfach: „Jung“ und „alt“ sind weder unabhängig von Raum und Zeit, noch von Konzepten und objektiven Messmethoden des Alters, noch von subjektiven Wahrnehmungen. Frauen sind immer und überall aufgrund höherer Lebenserwartung (damit aber auch in sehr unterschiedlichem Ausmaß) jünger als gleichaltrige Männer; in Russland und der Ukraine bis über ein Jahrzehnt jünger als die Männer gleichen Alters, zugleich aber ein Jahrzehnt früher „alt“ als Frauen in Frankreich, der Schweiz, Zypern und Israel.

Mick Jagger war mit 70 objektiv, d.h. nach fernerer Lebenserwartung „jünger“ als Goethe mit 50 („Weimar grüßt den ehrwürdigen Greis“) oder Mozart mit 35 Jahren. Mozart starb jung, aber jenseits der damaligen Lebenserwartung von unter 30 Jahren. Meine Großmutter hatte bei ihrer



Bevölkerungsentwicklung: Natürliche Wachstum, Gesamtwachstum, Migration seit 1950.

erforderlich. Und eine stabile Alterslastquote (das Verhältnis von Erwerbs- zu Ruhestandspersonen) würde jährlich (!) 118.000 Netto-Zuwanderung bis 2020 und 225.000 bis 2030, also eine Verfünf- bis Verzehnfachung des bisherigen Netto-Zuzugs nötig machen – was kurzfristig wohl sozial unannehmbar und langfristig unwirksam wäre.

Replacement Migration als Lösung?

Neben einer konstant bleibenden Nettozuwanderung bedarf es somit auch großer Reformen am Arbeitsmarkt und im Pensionssystem. *Replacement Migration* allein wird ohne eine deutliche Erhöhung der Erwerbsaktivität die Finanzierungsprobleme des Ruhestands nicht einmal annähernd bewältigen können. Sie kann Zeit kaufen, um Reformen

zu vertagen, sie aber nicht ersetzen.

Zuwanderung sollte – wie etwa in Kanada – überwiegend über den Arbeitsmarkt (und nicht durch Familienzusammenführung, den Heiratsmarkt oder unkontrollierbare Flüchtlingsströme) erfolgen und primär qualifizierte Fachkräfte anziehen. Sie sollte leistungs- und bedarfsoorientiert sein, reine Armutsmigration und Wohlfahrtstourismus möglichst unterbinden und soziale Integration gewährleisten.

Ungesteuerter Zuzug (am Höhepunkt der Flüchtlingswelle 2015 lag er bei 84%) birgt große Risiken, ist aber wegen der Niederlassungsfreiheit in der EU (die für 43% der Zuwanderung verantwortlich war) und unvorhersehbarer Kriegsentwicklungen und Flüchtlingswellen (die 2015 ganze 41% des Zuzugs ausmachten) nicht auszuschließen. Doch niemand konnte und kann Krisen und (Bürger-)Kriege wie 1956 in Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei, 1980 in Polen, 1991 in Bosnien-Herzegowina, 1994 in Tschetschenien oder nach 2004 im Irak, Syrien, Afghanistan oder verschiedenen afrikanischen Ländern vorhersehen.

Neben dem Management humanitärer Verpflichtungen gegenüber Asylwerbern, für die Österreich durchaus ein weltweiter Magnet an Attraktivität ist, kommt daher auch der Arbeitsmarktpolitik gegenüber

Drittstaaten (z.B. eine Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte für Schlüsselarbeitskräfte) und „sanfter“ Steuerung innerhalb der EU eine wichtige Rolle zu.

Wenn etwa ab den 2030er Jahren fast eine Million ÖsterreicherInnen über 80 sein wird und sich die Zahl der Pensionsberechtigten um eine weitere Million auf drei Millionen erhöht, müssen ztausende zusätzliche Pflegekräfte ausgebildet und gezielt angeworben werden. Völlig untauglich ist, wenn wie 2016 kaum 0,6% aller Zuwanderer als Schlüsselarbeitskräfte kommen und auf jeden Rot-Weiß-Rot-Karteninhaber 11,5 Familienangehörige ins Land geholt werden.

Auch hier ist ein Paradigmenwechsel nötig: von der gering qualifizierten „Gastarbeiterwanderung“ zur globalen Talentesuche. Um Wissensarbeiter, kreative Talente, Forscherinnen, Fachleute und begehrte Professionals sowie Headquarters internationaler Unternehmen und Institutionen anzuziehen, werden „amenities“ wie attraktive Natur- und Lebensqualität, Kultur-, Tourismus-, Sport- und Freizeitangebote, die Qualität des Bildungs- und Gesundheitssystems usw. immer wichtiger. Standortkonkurrenz wird *amenity migration*.

Doch die „OECD Indicators of Talent Attractiveness“ 2019 zeigen, dass Österreich für hochqualifizierte Arbeitskräfte und Studierende sowie Unternehmer aus dem Ausland nur mäßig attraktiv ist: es nimmt bloß den 11. Platz unter 35 OECD-Ländern ein. Weltweit am attraktivsten sind die klassischen Einwanderungs länder Kanada und Neuseeland sowie die Schweiz, gefolgt von Schweden, Norwegen und Deutschland. Als nachhaltiger Hochleistungssstandort mit Wohlfahrtsgesellschaft muss Österreich *amenity migration* erst noch lernen. □

1) 2016 war der Anteil nicht eingebürgeter Ausländer an der Bevölkerung mit 17,4% (1961: 1,4%) einer der höchsten europäisch und weltweit. Wobei neben traditionellen „Gastarbeiter“-Gruppen aus der Türkei und dem vormaligen Jugoslawien die EU-Personenfreizügigkeit vor allem Deutsche, Rumänen, Ungarn und Polen nach Österreich bringt. Durch die Niederlassungsfreiheit innerhalb der EU spielen neben der Arbeitssuche auch Studium, Heiratsmarkt, Familiennachzug, Wohlfahrtstourismus und andere Motive eine Rolle.

Bernd Marin ist Direktor des European Bureau for Policy Consulting and Social Research in Wien und seit September 2019 ein Europe's Futures Fellow am IWM. Zu seinen zahlreichen Publikationen zählt u.a. *Welfare in an Idle Society? Reinventing Retirement, Work, Wealth, Health, and Welfare* (2013).

Why Workers Are Fleeing Romania's Garment Industry

BY LAURA ȘTEFĂNUȚ

Most western consumers are familiar with stories of exploited south and south-east Asian garment workers while at the same time believing labels saying 'Made in the EU' mean the same thing as 'Fair Trade'. It might, then, come as a surprise to discover that Romanian manufacturing workers are in a similar position, making clothes found in both discount and luxury fashion outlets. Many others prefer to leave their homes and families behind in search of a better life.

In 2015, I started investigating labor conditions in eastern European garment factories, especially Romania, and worked in one to experience it for myself. Publishing my findings led to a backlash from the national authorities and a few brands; I was harassed and even sued by one of Romania's biggest factories for revealing my sources, though the lawsuit was eventually withdrawn.

I understood why many workers refused to talk to me; they feared that they would be fired. Some agreed to speak nevertheless, and their stories were similar all over Romania and Bulgaria. Dozens told me how people faint because of the heat and hard work, facing insults and intimidation from supervisors, impossible quotas, and the struggle to make ends meet due to low salaries and late or even no pay. These findings are also common in research by NGOs like the Clean Clothes Campaign.

Low wages, high emigration

Thirty-three-year-old Cristi Deseanu worked in four Romanian garment factories before deciding to leave for the UK, despite having no qualifications. In his early twenties, faced with few job prospects, he started working at one of the biggest such enterprise in his region; this was around the time Romania joined the EU.

The Italian owned company produced clothes for dozens of mid-market to high-end international brands. Cristi saw sweaters knitted from fine golden thread. Workers were required to carefully put the remaining threads in small plastic bags to minimize waste. He recalls seeing suits worth almost 2000 euros, an amount it would take one garment worker more than a year to make.

This job lasted until April 2014, when he was fired for taking part in a spontaneous strike triggered by employees who did not receive their salaries. I found official factory documents confirming Cristi's story—sometimes factories distribute this kind of information among workers to make an example of people fired for protesting, discouraging future unrest.

At that time, Cristi had a net monthly salary of 240 euros as a factory mechanic; he lived with his parents as he could not afford to start his own family. To put that in per-



Photo: Razvan Leicea

spective, ordinary garment workers received only 150 euros, the legal minimum salary, and there were months when he received as little as 130 euros.

After being fired, Cristi found a job at a smaller garment factory where he earned even less, before finding a better paid job in another city, this time at a factory producing for high-end brands. It was open 24 hours a day, seven days a week. Cristi would earn about 550 euros a month, but, he says, most garment workers were still paid the minimum wage. This is confirmed by two garment workers and a former manager.

Insults and injuries

As of 2019, there are over 180,000 people working in the garment industry in Romania. Most are paid the legal minimum wage. This has increased to around 250 euros in recent years, but it is still below the estimated living wage. In Romania, according to the Institute for National Statistics, the average cost of a household is currently 1170 euros per month, but the government does not calculate an official living wage. By comparison, in 2018, the average salary of a Chinese garment worker was 270 dollars per month but can be more than 500 a month in some regions.¹

When a sector relies on cheap labor, it does not lead to sustained social-economic development, says Cornelia Staritz, Professor of Development Studies at the University of Vienna. In many countries, apparel production is among the main sec-

tors in an export-oriented industrialization process. "Because the technologies are quite standard," Staritz explains, "it is very labor intensive, so low wages are important, and countries can use the sector as a start to develop higher value-added activities". Afterwards, more capital-intensive sectors with links to apparel, such as textiles, can be developed.

In Romania, things went backwards. In 1989, the country had both capital- and labor-intensive activities in the 'textile-apparel complex'. After the fall of communism, the more capital-intensive textile sector was forced out of business. The deal was that Romanian factories produced apparel for western buyers under specific trade preferences, using textiles initially sourced from western European countries. So the Romanian textile industry became increasingly reliant on apparel assembly, which mostly generated low-paid jobs. Low salaries are now one of the main reasons Romanians are migrating to western Europe.

After a while at the new factory, Cristi started being put exclusively on the night shift. He says he was asked to stay in the factory from 9 pm to 8 or 9 am. He refused. "The schedule was unbearable" Cristi remembers. "I felt tired and dizzy. I was 'done', as they say".

He quit his job after a phone conversation with the manager, who verbally abused him. "After I handed in my resignation, I expected the owner to call me to find out what happened, but it never happened," says Cristi.

Cristi told me these stories next to the construction site where he

currently works at Nine Elms, London, the site of one of Europe's biggest regeneration projects, building 18,000 homes. Cristi considers himself lucky to be able to work here, especially since his first London jobs were either illegal or grueling work that paid just enough to make ends meet.

Romanians abroad

According to an OECD study, the UK has become the second most likely destination for Romanian immigrants, after Germany.² Romania has a higher emigration rate than Mexico, China, and India, says sociologist Dumitru Sandu, with an estimated 17 per cent of Romanian-born citizens currently living abroad. As part of European research program Ymobility, Sandu found that almost half of the Romanian youth aged sixteen to thirty-five say they have made plans for leaving the country.³

Cristi says he does not plan to return to Romania any time soon. He will most likely move to Germany, where his girlfriend is working. She was a garment worker in the same factory, but refused an interview, saying she was too affected by the working conditions at the factory and did not want to recall them. Cristi has former colleagues from all over the world.

Silvia (pseudonym) endured the working conditions at the factory that fired Cristi for three more years. She saw colleagues crying in the manager's office asking for their salaries as they could not feed their children. She confirmed the stories

about women fainting and constantly being insulted.

Silvia lived in a two-bedroom house with her partner, son, and mother in law. She was the only one working full time, so found herself in a desperate situation when, at the end of the month, she did not receive the money she worked for. In the six months prior to our first conversation, she only received a total of around 340 euros. But she considered herself lucky, as she did not have any bank loans and could grow vegetables in her garden.

After I revealed these problems, the authorities fined the factory in question. Some brands also said they would help the factory improve working conditions. Several workers told me this was true for a while: salaries were paid on time—people even received meal tickets—and nobody insulted them anymore. But the situation declined again after several months, Silvia says; she decided she could not afford to wait anymore and decided to leave abroad. The last time we spoke, she was happy in Italy. She felt respected. She was one of the lucky Romanians working abroad.

Most Romanian workers I interviewed told me that leaving was their last option. They did not emigrate enthusiastically, feeling torn because they left their families and homes behind. They felt pushed away by the lack of money and, even more, by the lack of respect from their country.

Some studies showed that receiving just a few cents more per piece of garment could make a real difference when it comes to workers' salaries. Perhaps consumers would be willing to pay a bit more for a piece of clothing, knowing this would offer a living wage for an unknown worker in a distant country. But no one asked them. Factories continue to fight among each other for offering the lowest prices to the brands, while increasing numbers of workers decide they are not willing to play this game and leave abroad in search of a better life. □

1) Sheng Lu, *Wage Level for Garment Workers in the World* (Updated in 2017).
2) OECD, *Talent Abroad: A Review of Romanian Emigrants*, OECD Publishing, 2019.

3) www.ymobility.eu

Laura Ștefănuț lives and works as a freelance journalist in Bucharest. From July to September she was a Milena Jesenská Visiting Fellow at the IWM.

On Universities and Trust

BY JAKUB JIRSA

Universities in the Czech Republic and in Western countries face common problems. Although the number of universities, students and teachers have increased hugely over the last thirty years, one can observe uncertainty, pressure and fear at these institutions. Jakub Jirsa argues that part of this problem is that universities are bodies foreign to contemporary popular democracies. The separation between universities and their social and political environment creates an atmosphere of mutual distrust, leading to the institutions regulating the operation of universities imposing controlling measures foreign to the working of universities, such as metrical evaluation. In the end, however, this only increases the distrust and uncertainty mentioned above.

The university was the application of the idea that the powers of the human intellect can achieve the truth in an institutionalized way. When modern universities were established during the 19th century, education was understood as part of the liberation of mankind. This was not a solitary enterprise, but supposed to happen in an institutional environment. As a result, the specialized branches of knowledge were considered authoritative—knowledge resulted in authority.

The roots of modern universities

The establishment of modern universities took place at a time of growing national self-consciousness and self-constitution. This is particularly visible in the case of American and German universities. The modern university's national ethos is evident in the writings of Schiller, Schleiermacher and Wilhelm von Humboldt, who wrote that universities were founded "directly for the sake of the moral culture of the nation". The modern university is here perceived as one of the institutions of the nation-state, an institution by which the nation progresses and in which it prides itself.

A further characteristic built into the concept of the modern university is its anti-utilitarian character. F. W. J. Schelling called 'the apostles of utility' 'shallow brains', and Johann Christian Reil even suggested that they be expelled from the universities, since they did not pursue science for science's sake.

Experts and academicians out!

Because of these roots, universities are an ambivalent element in modern democracies. Stephan Collini argues that "universities are [...] inherently elitist in a restricted sense of that term. [O]f course [...] intellectual enquiry is in one sense irreducibly democratic—the best arguments and the best evidence are decisive, no matter who puts them forward. But in another sense it is unavoidably selective—not everyone is going to be equally good at conducting the enquiry at the appropriate level."¹

Tom Nichols shows that mistrust in expertise is another aspect of our time. If all opinions are equal, then the expert is no different to any layman. In many cases, ignorance is



seen as a positive sign of autonomy.² It is not only ignorance itself that is the problem, it is ignorance being promoted among the values of contemporary society under the heading of 'autonomy' or 'authenticity'.

Lack of trust in universities

The university is supposed to be at the center of social life, educating future citizens and communicating with society. However, this communication has been hampered by distrust.

One reason for this mistrust is clear already: universities are foreign bodies in contemporary popular democracies operating within market economies. Most governments assume that public spending on universities can be justified to their electorate only in terms of the training of future employees or of research with clear and immediate applications in industry, technology or health.³ Two results derive from this assumption: (a) governmental support will be oriented to the fields and disciplines where public spending is understandable on these terms and (b) universities will adjust to avoid losing public funding—and not only will they promote

the profitable disciplines, they will try to (re)model the remaining disciplines accordingly.

The gift of metrics

In *The Tyranny of Metrics* (2018), Jerry Muller shows that the metrics of "accountability" culture in Higher Education are particularly attractive in cultures marked by low social trust.

The measurement of quantity in contemporary metrics covers many different variables previously evaluated separately in the complex judgement expressed in peer review. Governments and university managers like metrics because they provide an illusion of transparency and objectivity. Metrics seem to be intelligible to everybody; as a result, the general public can feel it's in control of issues as complicated as research in astrophysics or ancient philology. The sociologist Kate Nash even believes that "auditing is introduced because professionals cannot be trusted to do their jobs well."⁴

The reaction of universities to metrics are summarized by 'Campbell's Law' on the unintended impact of metrics: '*The more any quantitative*

social indicator is used for social decision-making, the more subject it will be to corruption pressures and the more apt it will be to distort and corrupt the social processes it is intended to monitor.' For universities, the pursuit of knowledge becomes a mere means to performing well in metrics-based rankings. For example, the only established results of the Czech Republic's Evaluation Methodology (EM) are: (1) the statistically reported increase of opportunistic behavior by research institutions; (2) large numbers of mediocre results weighing more than a (single) outstanding contribution; (3) large and erratic changes in institutional funding mean that planning and development strategies are nearly impossible.⁵

A way out?

The possible remedies of this situation are as complex as the troubles themselves. Universities have to attempt to regain public trust, but not by following the path of supposedly 'objective' metrics. Tom Nichols suggests peer-run institutions specific to each profession and field of expertise can be used 'to enhance social

trust. Mechanisms like peer review, board certification, professional associations, and other organizations and professions help to protect quality and to assure society—that is, the experts' clients—that they're safe in accepting expert claims of competence.⁶ Universities should be strict in keeping to professional standards, in their internal control. This not only helps the universities' public perception, it also leads to a better academic life *per se*. □

1) Stephan Collini: *Speaking of Universities*. London–New York: Verso, 2018.

2) Tom Nichols: "How America Lost Faith in Expertise", in: *Foreign Affairs*, 2017.

3) See Stephan Collini: *What are universities for?*. London: Penguin, 2012.

4) Kate Nash: "Neo-liberalisation, universities and the values of bureaucracy", in: *The Sociological Review*, 67, 2019.

5) These conclusions are from Good, B., Vermeulen, N., Tiefenthaler, B., Arnold, E.: "Counting quality? The Czech performance-based research funding system", in: *Research Evaluation* 24 (2), 2015.

6) Tom Nichols: *The death of expertise: The campaign against established knowledge and why it matters*, Oxford University Press, 2019.

Jakub Jirsa is a Senior lecturer of Philosophy and Religious Studies at Charles University, Prague. From April to June 2019, he was a Jan Patočka Visiting Fellow at the IWM.

Turkey and Russia: Where the Relations Are Heading

BY GALIP DALAY

The present picture of Moscow-Ankara relations is perplexing even for the seasoned observers of relations between Russia and Turkey. Yet in the current state of the affairs, it is the Syrian imbroglio that played a crucial role. Syria was the magnet that Russia used to lure in Turkey. What started as a pragmatic engagement between the sides within the context of the Syrian crisis has already gone well beyond Syria. Few predicted that the Turkish-Russian courting could survive Syria's ever-complicated crisis. Yet, the relationship has survived so far and even further improved.



Turkey and Russia playing a game of strategy, from 'Le Perroquet', 1877 (colour litho) by Italian School, (19th century); Private Collection

between Turkey and Russia is not easy to bridge either. Unless there is a complete overhaul in both countries' strategic culture and geopolitical aspirations, this gap will put limitations on the future prospects of these relations. And there are few places in which strategic incompatibility between Turkey and Russia is as glaring and wide as it is within the context of the Middle East.

First, the present day picture of Turkish-Russian relations represents an irony of history, geography and ideology. There has always been a geopolitical consciousness amongst both the Ottoman and republican elites as regards Russian geopolitical ambitions and power projection. Denying Russia a significant presence to the south of Turkey's borders or in the Eastern Mediterranean has been a continuous policy position for Turkey as an eastern Mediterranean power from time of the Ottoman Empire on. Yet, Russia's Middle East moment, at present, has a clear geographical focus.

From Syria to Libya, from Egypt to Algeria, most of Russia's regional activism takes place in the Eastern Mediterranean. Russia's growing clout there will decrease Turkey's room for manoeuvre and its search for strategic autonomy in the Eastern Mediterranean.

Second, unlike the Soviet Union's strongly ideologically-flavoured foreign policy towards the region, it is pragmatism and political realism that defines current Russian policy. In spite of this, Russia's Middle East policy isn't colourless. From the Assad regime in Syria to the Sisi regime in Egypt, from the Khalifa Haftar forces in Libya to the Palestinian Liberation Organisation (PLO) in Palestine, Russia has consistently demonstrated a preference for secular forces in the Middle East. In contrast, Turkey's regional partnership structure, which includes both state and non-state actors, has a strong Islamic underpinning.

Third, in a similar fashion, starting with the Syrian imbroglio, the two countries have remained in opposition in almost all major crisis areas in the Middle East and beyond.

Lastly, despite all the fanfare, Russia's Middle East policy does not

seem to have a long-term perspective and overall framework yet. At present, Russia appears to be short-termist, transactional and uncommitted—with no special relationships with any party (with the possible exception of the Syrian regime)—and this puts a certain cap to what Russia can achieve in the region. Therefore, Turkey's newly-found partnership with Russia is still evolving. As argued, Turkey and Russia's competing regional aspirations and different security concerns put a ceiling to their relationship. On the other side of the equation, the meaning of Turkey's membership in Western clubs is changing dramatically. No longer do these institutions provide the framework—or even a point of reference—for Turkey's foreign and security policy choices. Yet despite the crisis in Turkish-Western relations, Turkey's membership in major Western institutions, including NATO, is not going to end any time soon.

This is why Turkey does not believe it is giving up its place in the Western camp. Unlike many in the West, Turkey does not see itself making a choice between Russia and the West through its purchase of the Russian S-400. Instead, Turkey is giving up on the idea that its relations with the West in general and the United States in particular are indispensable, and therefore it has to approach all its other relations through the Western lens. Turkey believes that its interests are better served through a balancing act between traditional ties to the West, on the one hand and recently improving relations with countries like Russia and China, on the other. This in turn means that instead of joining the Russian orbit, the next phase of Turkish foreign policy will be ad-hoc, transactional, issue-based and lacking any overarching framework or orientation. □

Sections of this text have been published by the Brookings Institution, Foreign Policy, SWP and GMF.

The negative expectations for the future of Turkish-Russian relations were not baseless. Geopolitically, the two countries are on opposite sides of the spectrum on almost all issues in their shared neighborhood. Likewise, their local and regional alliance structures remain at cross-purposes. Recognition of Russia's geopolitical ambitions, particularly towards the Eastern Mediterranean, was one of the major factors that drove Turkey to seek membership in different Western clubs. In spite of such geopolitical incompatibility between the two actors, how can we account for their increasingly close relations?

Drivers of the relations

More than any shared ideological convictions, it is the geopolitical imperatives of the Middle East, the train wreck in both countries' relations with the US, and the nature of leadership in Ankara and Moscow that have played the most central role in shaping Turkish-Russian relations in recent years.

To start with, instead of any particular preference, Turkey's cooperation with Russia in Syria was the result of geopolitical imperatives and political realism. The fact that Russia was on the ground and determined to change the course of the Syrian civil war has rendered Turkey's engagement with Russia almost inevitable—particularly given the indecisive nature of US policy in Syria. Russia practically controls the West

of the Euphrates in northern Syria, particularly its airspace, since September 2015. And it was only after receiving Russian consent that Turkey could undertake its military operations in this part of Syria.

Related to this, the US is the invisible third party in any relations between Turkey and Russia. The state and health of Turkish-US relations has a direct impact on Turkey's relations with Russia. Both Turkey's and Russia's frustrations with the West in general and the US in particular have proven to be the glue in their bilateral relations. In addition, these relations have a strong personal character. The leadership in both countries plays a decisive role in their development. More than any strategic convergence between Ankara and Moscow, these relations depend very much on the personal chemistry between Erdogan and Putin.

Many critics of Turkey-Russia relations find solace in the fact that these relations are personalised, and hence temporary. It is true that at this stage the backbone of these relations is built around Putin and Erdogan. Institutional and elite ownership of these relations is still very limited. However, though the relations between the two countries are very personalised, the status-anxiety and grievances that underline them vis-à-vis the West is long-lasting and structural. They are unlikely to dissipate after both leaders leave the political scene in their respective countries. In this regard, post-Erdogan is

unlikely to be anti-Erdogan when it comes to the geopolitical divergence between Turkey and the West. Therefore, if the improvement in Turkish-Russian relations and the deterioration in Turkish-American relations continue for another few years, then what is essentially a Putin-Erdogan relationship can morph into a Turkish-Russian relationship.

Structural foundations of the relations

On top of these driving factors, co-operation between Turkey and Russia is increasingly shifting to industries and areas that create path dependencies. No longer do construction, tourism, textiles, and fruits or vegetables define Turkish-Russian economic ties.

Instead, cooperation has shifted to strategic industries that create long-lasting mutual dependencies—from the TurkStream pipeline project (energy) to the construction of the Akkuyu Nuclear power plant, the purchase of the Russian S-400 air defence system and military cooperation in Syria. What is emerging, however, is an asymmetric dependency favouring Russia more than Turkey. So Turkey's declared search for autonomy in foreign policy and security might, in fact, culminate in greater dependency on Russia.

Limits of the cooperation

Nevertheless, despite the growing gap between Turkey and the West, the difference and incompatibility

Galip Dalay is a Visiting Scholar at the Department of Politics and International Relations at Oxford University as well as a Non-resident Fellow at Brookings Institution, Doha Center. From May to June 2019, he was a Eurasia in Global Dialogue Visiting Fellow at the IWM.

Made in a Dream Factory

BY KATERYNA MISHCHENKO

President Volodymyr Zelensky has brought a new tone and tenor to Ukrainian politics. Now the task for him and his team is to mesh their imagined social and political order with reality.

This past summer, on a rooftop electronic billboard in central Kyiv, text lit up on a green background: “Welcome to a new era.” This was the final salvo in Volodymyr Zelensky’s unorthodox presidential campaign. Blindingly bright, the words on the screen burst into our political reality and instantaneously wiped away the towering figure of Petro Poroshenko, who had by then managed to fully inhabit the role of “father of the nation” and representative of the “holy trinity”—army, language, and faith, his own electoral slogan. Along with him, as if by magic, vanished the militaristic pathos and nationalist exclusivity that had formed the ruling consensus among Ukrainian authorities and media during the war.

Over the past six years, some things have become completely normalized: both war and painful counterrevolution, as well as Ukrainians’ extreme precarity, when what was vulnerable was not just the quality of existence, but the very fact of existence. The notions of patriotism, nationalism, and right-wing extremism fatally intermingled against a backdrop of media self-censorship and intellectuals’ silent refusal to take a critical stance. To be sure, reactionary tendencies during wartime are nothing new, nor is the way that war, like a giant black cloud, covers over not only freedom of thought, but corrupt abuses of power. We found ourselves caught in the wind between counter-revolution and war, and we got carried away by this “green wave”—as many observers have described the political changes that began when Zelensky came to power.

Servant of the people

His victory in the presidential elections was called an “electoral revolution.” And it did offer a link back to 2014, right after the Maidan, when counter to huge expectations a full reboot of the ruling regime didn’t actually take place. What happened was something else: a group of people from the entertainment industry decided to act out a fantasy of popular sovereignty, a true revolutionary reformatting of politics, on screen. Inspired by the Maidan, they wrote a TV series, “Servant of the People,” in which an ordinary history teacher becomes president of Ukraine. The role of the president was played by Volodymyr Zelensky. And while the authorities at the time saw Ukraine as a sort of big business with citizen employees, the “shadow” authorities, themselves still not fully conscious of their future, built up their forces in a dream factory.

From the very beginning of 2019, we watched as the impossi-

ble gradually became the inevitable. For the first time, the cultural sphere did not trail behind official discourse, but instead started to shape it. One of the pretenders to the highest office in the land was a mass culture operative, the darling of all the country’s screens, a top media manager. In shock, the snobbish intelligentsia described him as a comic, a clown, or a comedian. While Zelensky comfortably left all the other presidential candidates in the dust, the cultural elite fell into a xenophobic panic, “othering” Zelensky’s supporters as a manipulated unintelligent mass, incapable of critical thinking, or simply infantilizing them.

This was the first time in our history that an unlearned lesson from Pierre Bourdieu’s reflexive sociology made itself so strongly felt in the intellectual sphere: Bourdieu described intellectuals as a lower rung of the upper class, who work mainly to preserve their own position, rather than subverting the systems oppressing the lower classes. Losing their privileges (or maybe their illusions of their own symbolic weight), representatives of the cultural elite have externalized their own little private apocalypse and are now sitting in wait for these new authorities to experience total fiasco. Today it is clear that the authors of progressive political discourse are not the intellectuals, but the writers of mass-market comedies.

A new type of leader

This political discourse has found space for questions of integration, peace, returning people and territories, unity and solidarity, inclusivity, multilingualism and multiculturalism, and ultimately how to build the future. Zelensky himself is an example of a type of leader that is new for



political talk show booking, one of his team members turned up and spoke in Zelensky’s name. This “Buñuelian” strategy turned him into an disturbing object, which drives the Ukrainian—and not only Ukrainian—media crazy. He was called a pig in a poke; there were endless discussions about his lack of a political program; and to this day he is still accused of lacking vision or a long-term strategy.

The green wave he unleashed is moving too quickly. Zelensky wants to amaze people—which his October 2019 record marathon press conference alone did, officially lasting fourteen hours. Experts, politi-

the horizon—the most difficult goal the new president has set.

New perspectives

Working professionally in an attention economy, Zelensky is trying to counteract the international consensus of “Ukraine fatigue” and construct at least some sort of agency for the country, given all its lamentable starting positions. The first moment of agency was the prisoner swap in September 2019, bringing home the sailors illegally captured by Russia in the Kerch Strait incident and some of the “Kremlin prisoners,” political prisoners from

ing for someone else to bring peace, and the time has come to take our own steps.

At the same time, the figure of Zelensky has shed light on the unsettling state of affairs in Ukraine’s political sphere: the present “party of war” counts among its members not only the former president and far right groups, but also members of civil society, journalists, and intellectuals. Meanwhile the majority—which the polls show supports Zelensky—still lacks the language and public channels to shape a discourse of return and renewal.

In today’s Ukraine, hopes are intense and cautious. For example, hope in the end of the era of oligarchic feudalism following a radical overhaul of all branches of power. Still, one important temporal shift can definitely be confirmed: the return home of director Oleg Sentsov, whose release was the most incredible of all. So the dream factory continues to run, while Zelensky looks like the realist and most accessible Ukrainian politician. The history teacher has already taught us a lesson: for the post-Maidan spring to arrive, we have to imagine it first. □

The authors of progressive discourse are not intellectuals, but the writers of mass-market comedies.

Ukraine: before us stands not a post-Soviet neo-feudalist in a tie, but a pathosless team leader. It’s worth noting that his creative team took shape a full two decades ago and has managed to keep working, basically unchanged, to this day.

Zelensky made his entrance into politics according to the principle of Luis Buñuel’s film *That Obscure Object of Desire*, in which the role of the desired female character was played by several actresses at once. For each

ical scientists, and journalists cannot keep up with him, anxious over having to reexamine their analytical apparatus to see to what extent he responds to the challenges of a “new era.” Meanwhile the president is condensing time and demanding huge results from all these newcomer politicians. He repeats over and over that time has already been lost, that they need to pick up the pace. It is this acceleration that makes it possible to see the end of the war on

Crimea and elsewhere being held by Moscow on trumped-up charges. This may have been the first time it was publicly declared that it is worth fighting for people, that they are the priority under any circumstances. For a country that has now spent six years existing at the expense of a death economy and has grown accustomed to being the victim, this is a truly new perspective. Just like the declaration that peace is necessary: we are no longer wait-

Kateryna Mishchenko is a writer, translator, curator and publisher. She is co-founder and editor of the Ukrainian publishing house Medusa and co-author of the book *Ukrainian Night*. In 2014 she was a Paul Celan Visiting Fellow at the IWM. Her text has been translated by Katherine Younger.

A Short Story about a Different World

BY HOLLY CASE

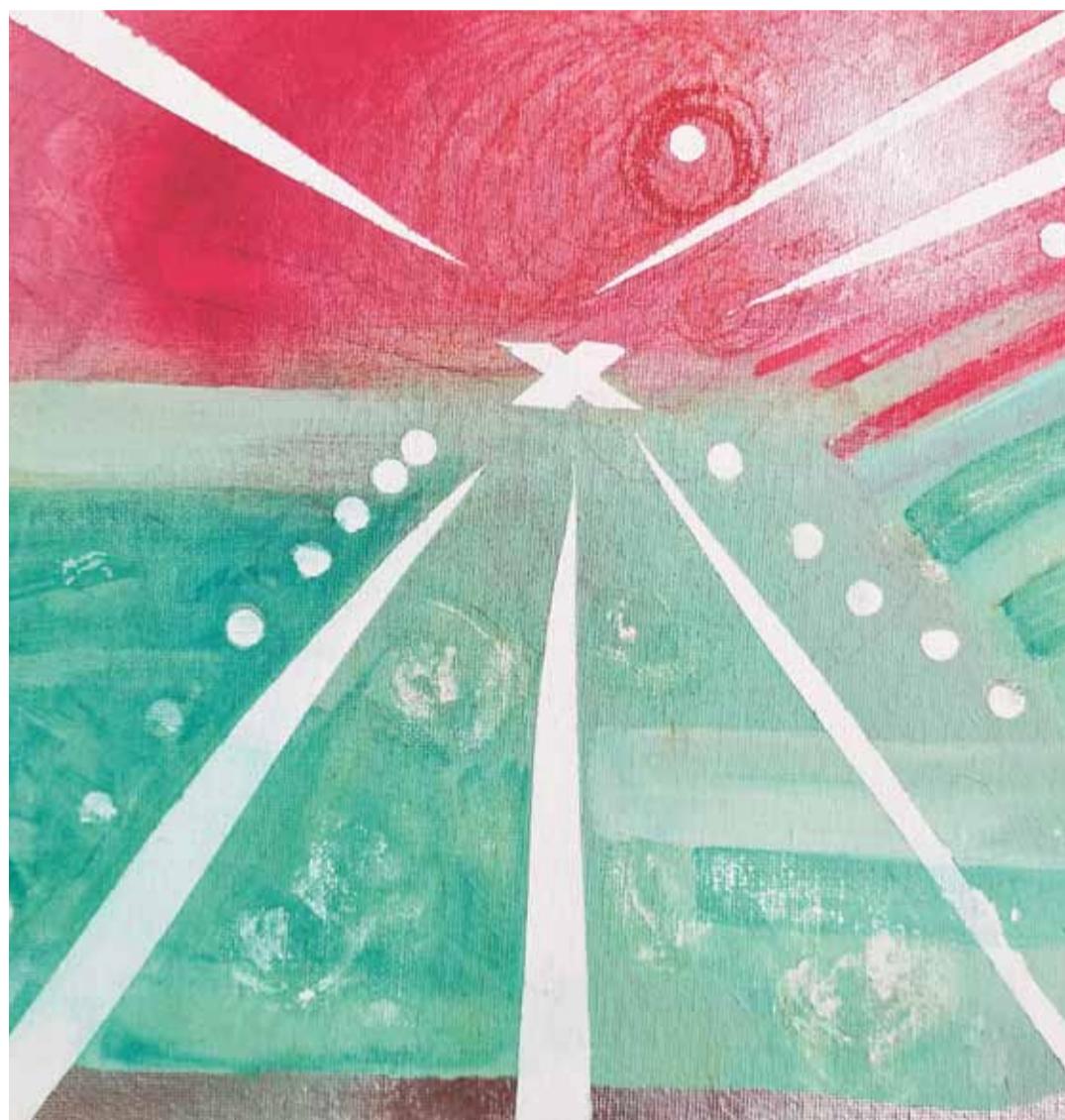
There once was a place called Arcana where some people posed a serious question: "How can we make the world better?" For the record, it was not really called Arcana, but it was a real time and it was a real question and people really wanted to answer it.

In thinking about this question, the Arcanians discovered that, implied by the question is another one: "What's wrong with the world as it is now?" So imagining a better world meant noticing and correcting the faults of this one. Some felt the world had gotten too far ahead of itself, some felt it was too far behind, but many agreed that it was not properly lined up with where it should be. Pretty soon the question stopped being a question and became a statement about a problem. And because it was a problem, it was no longer a matter of answering it, but of solving it.

Some felt the problem more acutely than others. They said, "We need to solve this problem right away!" To get the attention of the laggards they said: "This is not just our problem, it's *your* problem, too. In fact it's *everybody's* problem." This made sense, because how could a problem in Arcana not be an Arcanian problem of concern to all Arcanians?

The fact that within Arcana there were those who were much more aware of the problem created *another* problem: "How are we going to make others aware of the scope and scale and urgency of the problem?" they wondered. Because if only a few people knew about it, then the chances of it being solved were quite small, especially if the people who knew about it weren't the right people, i.e. the people in a position to do something about it. So they made every effort to inform especially the right (powerful) people about the scope and scale and urgency of the problem.

Furthermore, it stood to reason that the problem itself did not come into being at the moment someone first noticed or became aware of it. It must have been there before, right? "How far back does it go?" some wondered. But in order to say how far back it went, they had to have a sense of what the problem is. If the problem is, "We don't have what others have," or "I'm being treated badly compared to others," then it stands to reason that the solution is making sure those who don't have what others have should get what others have, and that those being treated badly should be treated better. Thus the solution was actually required in order to define the problem. This made mathematical sense, because the way one *imagines* a problem is bound to the way in which they think it should be solved. After all, if $2 + 2 = x$, once you have set up the equation, the *only possible* solution is that $x = 4$, right?



All the while there are those who are saying: well you can't possibly solve $2 + 2 = x$ without also being able to solve a whole host of other problems ($4 + 4 = y$, for ex-

that someone says: "I know what x is!" but others reply that " x " is something else entirely, and that if we put in the wrong figure for " x ," the problem will not be solved.

sickness could spread to the others. So in fact it's not only a matter of life and death for some Arcanians, it's a matter of life and death for *all* of them. It stands to reason that if

The trick is to change people so that the world can change.

ample), because all of these problems are part of *one big system* of numbers and equations and operations. And let's say you hit upon—by chance—the correct solution to $2 + 2 = x$, you will still be at a loss with the other problems if you don't understand how all these problems and solutions are *interrelated* within the system of operations known as mathematics. So in order to solve *just one* of these problems, it stands to reason that you should be able to solve them all, no?

So some Arcanians start looking for " x ," knowing full well that there is only one correct answer. The only problem is, everyone seems to have a different idea about what " x " is, such that it happens quite often

So some say: "We need to reframe the problem. What if it's not a *mathematical* problem with a *single* solution ($2 + 2 = x$), but is more like an illness we have to cure?" Then it might show different symptoms at different times and in different patients, and might respond differently to the same treatments, but the idea should be that the sickness is still *one* sickness and needs curing.

Naturally this way of thinking does not get around having to cure *all sicknesses* in *all patients*, because if you cure just *one* patient of *one* sickness, they may have a relapse and die, or they may get another sickness, or—worse yet—if you don't cure the sickness in *all patients* (countries, societies), then the

you haven't cured *all* Arcanians of *all possible* sicknesses, you haven't cured anything or anyone definitively and the problem will recur.

Who decides what the problem is?

It should be said that by now some people are watching all of this and thinking (and even saying out loud): "This is ridiculous! There really *is* no problem or sickness at all. It's only because some people want to foist their own particular 'solution' or 'cure' on everyone that they invent these 'problems' and 'sicknesses' to begin with." This also makes sense, but then others say that *this* view is dangerous: "Ignorance of the sick-

ness or of the problem and denial of its existence is *part of the problem or the sickness itself!*" they cry, also with good reason.

There are a few people who try to reconcile these two positions. One of them says: "When somebody says 'problem' or 'sickness,' it implies emergency and panic. Maybe we should see it more like hunger than like sickness, then we know we'll have to eat regularly, and if we don't, we'll die, but that doesn't mean that our hunger is the symptom of an illness. It's normal. And we should address it, but not expect to find a food that will satisfy once and for all time."

This sounds sensible enough, but not many people take it seriously because the person who said it is kind of a nut job. Meanwhile other Arcanians admit that they're confused by all these claims and counterclaims about problems and solutions and sicknesses and cures, so they say: "Let's gather all these claims and counterclaims." Then they publish a book or a journal or magazine, putting those versions next to each other in order to let everyone decide for themselves what the problem is, or if there even is one. This also makes sense.

In fact, however, a lot of what's in these magazines and books and journals is the same stuff people have been saying for a long time anyway, so people just quote the ones they think are right and ignore or make nasty comments about the ones they think are wrong.

In end effect, most of this society believes and hopes that there must be a magic pill or the right version of " x " to solve the problem or cure the illness. Furthermore, ever more people—not all of them with fancy degrees or so-called "expertise"—come out with an idea for the solution/cure and are deeply frustrated that the right solution/cure hasn't yet been tried or found. "If we don't find it soon," they say, "we're heading for catastrophe!" This is terrifying, but seems reasonable, so many Arcanians agree.

The problem with the problem

But there's a problem with the problem. It turns out that in the eyes of an increasing number of Arcanians *the world itself* is the problem. This seems counterintuitive, but it really makes sense, because *the world as it is now* keeps coming in the way of solving the problem. For example: a number of people try to change the

world to solve the problem. They try the ballot box and the world does not change, or changes only a little, or changes only in one place but stays the same in all the others, or changes for a while and then goes back to being just like it was before. Or the ballot box doesn't work because not everyone has access to it, or certain people are using it more—or less—than they should. So some people on the Right and the Left and even in the Middle wonder: "How can we save the world if the world itself is the problem? Maybe the problem is *in ourselves*, in our souls or in the way we're brought up to think and act." The trick is to *change people* so that the world can *change forward* to the way it should be or *change back* to the way it was before the problem. Then there is a lot of foment around education and exercise and sects and sex, the idea behind it all being to *change the person* so as to *change the world*.

But still *this world* seems to cling to everything like a barnacle. And the frustration mounts. "How horrible, sneaky, and underhanded the world is!" they cry. "How it resists going back to the better way it was before the problem!" some say, while others lament: "How it resists giving way to the better world it could be!" And then, in unison, "How it resists *tooth and nail!*" And the worst is when somebody says "I've done it! I've ushered in a different world!" and it's *so clear* that they're delusional, that there is not much different about this "different" world at all.

But where there's a will, there's a way. If the world refuses to change back or change forward by good-natured attempts, maybe the time has come to play dirty with it, to beat it into shape. "What if, ironically," some Arcanians wonder, "in order to save the world from the catastrophe that's imminent given this assortment of interrelated and unsolvable problems, we have to *bring on* the catastrophe and *simply do away with this world?* Then we could finally reset the terms and bring about a *different world—a truly and substantially different world.*" That, too, sounds reasonable.

I'm going to stop the story here, though of course like all stories this one continues. A side note for the curious reader: The Arcanians did have a catastrophe (it was called the Great War), and the world *really was different* after that, just like it was before. And by that I don't mean it went back to being like it had been before, but that it was *always different*. But, of course, what does one do with that (*Was tun?/Chto delat?*)? It's a real question.

But maybe we shouldn't start in with all that again. Any resemblance Arcana bears to our own world is purely coincidental because the world we live in is as different as theirs was. ▲

Witness: Ukraine in the Photographs of Aleksandr Chekmenev

NOVEMBER 2019–FEBRUARY 2020

From November 2019 till February 2020 the IWM is showing a



Photo: Aleksandr Chekmenev

selection of works by one of the leading contemporary Ukrainian photographers Aleksandr Chekmenev in the IWM premises. The exhibition, financed by the Temerty Fund at KBF Canada, includes photo series produced by the photographer over the past 17 years. ▲

Curated by Konstantin Akinsha and Alisa Lozhkina

Debating Europe – Europa im Diskurs

TERMINE 2020: 26. JANUAR, 8. MÄRZ, 5. APRIL



Photo: Philipp Steinkeiner

Die Matinée-Serie *Europa im Diskurs* bringt seit über zehn Jahren führende PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und Intellektuelle auf die Bühne des Wiener Burgtheaters, um über aktuelle Themen von politischer und sozialer Relevanz zu diskutieren. Die Reihe basiert auf einer langjährigen Kooperation zwischen

dem Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM), dem Burgtheater, der ERSTE Stiftung, und der Tageszeitung *Der Standard*. ▲

Themen und Teilnehmer werden rechtzeitig bekanntgegeben.

Anmeldung zum IWM Newsletter: www.iwm.at/events

Call for Applications: Fellowships 2020/2021

DEADLINE: FEBRUARY 1, 2020

The majority of IWM fellowships are awarded in open competition, involving calls for application and evaluation by expert juries. Research proposals are currently invited for the following programs. ▲

Further details on www.iwm.at/fellowship-programs



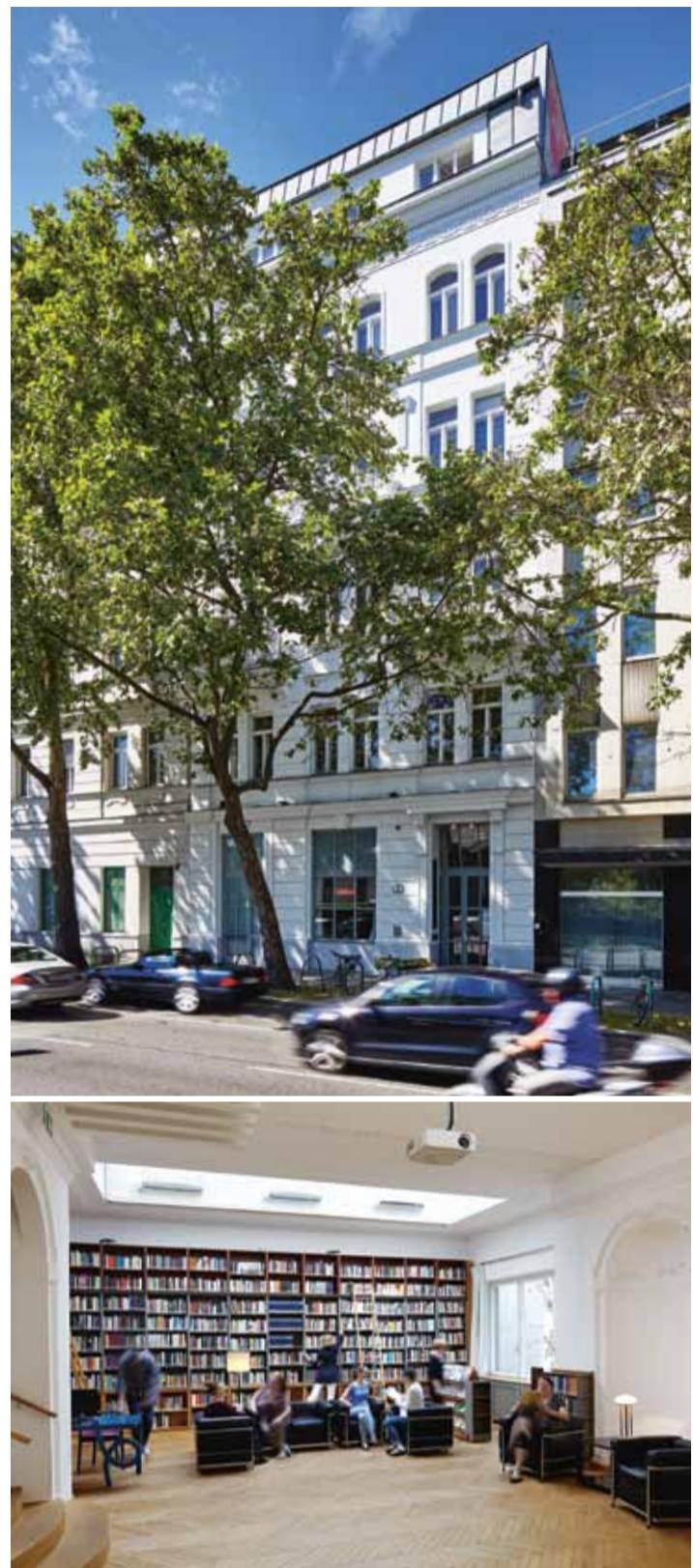
Photos: Archive, Tamia Žbrodko / Stock

Subscribe free of charge! www.iwm.at/publications

The magazine *IWMpost* reports on the activities of the Institute for Human Sciences (IWM) and offers original contributions by its fellows and guests. *IWMpost* is published two times a year and sent to subscribers free of charge.



Holly Case is Associate Professor of History at Brown University and a Visiting Fellow at the IWM. She is the author of a longer version of the above story titled *The Age of Questions* (2018).



Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM)

Das Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) ist ein unabhängiges Forschungsinstitut auf dem Gebiet der Geistes- und Sozialwissenschaften. Es wurde noch während der Zeit des Kalten Krieges 1982 in Wien gegründet und ist heute an der Spittelauer Lände im 9. Wiener Gemeindebezirk angesiedelt. In den ersten Jahren war die Überwindung der Ost-West-Teilung Europas das vorrangige Ziel. Zu diesem Zweck sollten die intellektuelle Kommunikation und der geistige Austausch über Grenzen hinweg gefördert werden.

Der Fall des Eisernen Vorhangs, die sozialen und politischen Auswirkungen von Globalisierung und europäischer Integration haben das Konzept einer modernen Gesellschaft jedoch zunehmend in Frage gestellt. Dementsprechend haben sich auch die Forschungsinteressen am IWM erweitert. Nicht mehr der Wandel zur Demokratie, sondern der Wandel der Demokratie rückte in den Vordergrund. Auch regional hat sich das Spektrum vergrößert: Neben Zentral- und Osteuropa sowie Nordamerika hat das IWM sein Interessensgebiet auf den Balkan, Russland, die Ukraine und die Türkei sowie die Länder des Globalen Südens ausgedehnt.

Als ein *Institute for Advanced Study* sieht das IWM seine Hauptaufgabe darin, herausragende, unabhängige

Forschung zu fördern. Jedes Jahr verbringen rund 100 WissenschaftlerInnen, ÜbersetzerInnen und JournalistInnen ein- bis zwölfmonatige Forschungsaufenthalte am IWM. Die einzelnen Fellowships werden in Kooperation mit in- und ausländischen Universitäten und Partnerinstitutionen in Form von öffentlichen Ausschreibungen vergeben. Seit seiner Gründung waren mehr als tausend Fellows zu Forschungsaufenthalten am IWM.

Darüber hinaus organisiert das Institut zahlreiche, zumeist öffentliche Veranstaltungen mit dem Ziel, die Forschungsergebnisse der am IWM tätigen WissenschaftlerInnen einem breiten Publikum zugänglich zu machen.

Nähere Details auf: www.iwm.at

Kontakt:
Institut für die Wissenschaften vom Menschen
 Institute for Human Sciences
 Spittelauer Lände 3
 1090 Wien
 Tel: +43/1/313 58-0
 Facebook: [IWMVienna](https://www.facebook.com/IWMVienna)
 Twitter: [@IWM_Vienna](https://twitter.com/IWM_Vienna)
 Youtube: [IWMVienna](https://www.youtube.com/user/IWMVienna)